

Günter Püttner unter Mitwirkung von Wolf Leetz

Kurzgefasste Geschichte der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft e.V. und ihres Wissenschaftlichen Beirats¹

I. Die Gründung der Gesellschaft

Die Gesellschaft wurde am 11. Juli 1951 in einer Versammlung in Berlin-Schöneberg gegründet als „Gesellschaft zur Förderung der öffentlichen Wirtschaft e.V.“ In § 1 der dort beschlossenen Satzung wurde als Zweck der Gesellschaft festgelegt:

„Die Gesellschaft zur Förderung der öffentlichen Wirtschaft e.V. bezweckt die wissenschaftliche und praktische Unterstützung und den weiteren Ausbau aller Zweige der öffentlichen Wirtschaft. Sie ist überzeugt, dass die öffentliche Wirtschaft in den kommenden Jahren einen stetig sich steigernden Beitrag zur Erhöhung der Produktivität der Gesamtwirtschaft und zur Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung zu leisten hat.“

Als Mitglieder sollten nach § 2 der Satzung Einzelpersonen, öffentliche, gemeinnützige und private Unternehmen sowie Vereinigungen, Gewerkschaften und Behörden in Betracht kommen. Neben den üblichen Vereinsorganen war von vornherein ein Wissenschaftlicher Beirat vorgesehen; § 3 Abs. 6 der Satzung bestimmte:

„Zur wissenschaftlichen Beratung der Gesellschaft beruft der Vorstand einen wissenschaftlichen Beirat. Seine Mitglieder sollen möglichst Wissenschaftler oder anerkannte Persönlichkeiten der Wirtschaftspraxis sein. Er umfasst höchstens 20 Personen und tagt unter dem Vorsitz des Präsidenten der Gesellschaft. Der Präsident kann den Vorsitz einem anderen Mitglied des Vorstandes übertragen. Die Beisitzer des Vorstandes haben zu den Veranstaltungen des wissenschaftlichen Beirats Zutritt.“

Nach § 3 Abs. 7 der Satzung waren außerdem Fachausschüsse vorgesehen. Zur Tätigkeit der Gesellschaft bestimmte § 5 der Satzung:

„(1) Die Ergebnisse der Ausschussberatungen und die Probleme, die der wissenschaftliche Beirat behandelt, werden in regelmäßigen Mitgliederversammlungen zur Aussprache gestellt.“

¹ Gekürzte Fassung von: Püttner, Günter (2008), Kurzgefasste Geschichte der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft, in: Beiträge zur öffentlichen Wirtschaft, Sonderheft, hrsg. vom Bundesverband Öffentliche Dienstleistungen, Berlin.

- (2) *Die Gesellschaft wird sich im besonderen der Förderung des Nachwuchses für Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspraxis annehmen. Sie erstattet Gutachten über wirtschaftswissenschaftliche Fragen, arbeitet Wirtschaftspläne aus, die der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung dienen und unterbreitet Vorschläge, die die Vervollkommnung des öffentlichen Betriebes und die weitere Ausgestaltung der öffentlichen Wirtschaft zum Ziele haben. Die Arbeit der Gesellschaft dient nicht eigenem gewerblichem Nutzen und erfolgt unentgeltlich.*“

Zum ersten Präsidenten der Gesellschaft wurde Dr. Ernst Strassmann, Vorstandsmitglied der Berliner Kraft- und Licht (Bewag)-AG, gewählt. Im Jahre 1952 wurde in der Bleibtreustraße 24 in Berlin (nahe dem Kurfürstendamm) die Geschäftsstelle der Gesellschaft etabliert. In einer ersten Geschäftsanweisung legte Dr. Strassmann das Schwergewicht auf die wissenschaftliche Arbeit, die umfassen sollte:²

1. Fachausschüsse, die mindestens alle vier Wochen zusammentreten und ihre Ergebnisse dem Wissenschaftlichen Beirat zuleiten;
2. den Wissenschaftlichen Beirat, der mindestens einmal im Vierteljahr tagt und über die Ergebnisse der Arbeiten der Fachausschüsse entscheidet;
3. die Verbindung mit Hochschulen und Universitäten;
4. den Erfahrungsaustausch mit Mitgliedsunternehmen;
5. die Beratung der Sozialpartner der öffentlichen Unternehmen;
6. die öffentlichen Aussprachen über wirtschaftswissenschaftliche Probleme;
7. die Einrichtung eines Archivs und einer Bibliothek.

Dieser sehr weit gesteckte Rahmen konnte allerdings in den nachfolgenden Jahren nicht ganz ausgefüllt werden. Immerhin wurde alsbald der vorgesehene Wissenschaftliche Beirat gebildet und Prof. Dr. Gert von Eynern, Politikwissenschaftler an der Freien Universität Berlin, zum Vorsitzenden berufen, der dieses Amt bis April 1959 ausübte.

Noch in die Gründungsphase gehört die Verleihung des Ehrenpräsidiums an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Prof. Dr. Ernst Reuter, in Würdigung von dessen Verdiensten um die Gründung der Gesellschaft. Dieser hatte allerdings verlangt, die Gesellschaft, um sie nicht als Interessenverband erscheinen zu lassen, in „Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft“ umzubenennen, ein Schritt, der im Januar 1955 vollzogen wurde.

II. Die erste Arbeitsphase 1952-1961

Schon in der Anfangsphase der Arbeit der Gesellschaft lässt sich deutlich unterscheiden zwischen den Aktivitäten der Gesellschaft als solcher und der Arbeit des Wissenschaftlichen Beirats. Allerdings gab es immer wieder Überschneidungen und verwandte Themen.

Soweit ersichtlich, beschränkten sich Vorstand und Mitgliederversammlung der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft (GÖW) damals wie später darauf, die Regularien abzuwickeln, die Finan-

2 Diese Angaben und die folgende Darstellung sind gestützt auf den Bericht von Willy Bukow im Tätigkeitsbericht der GÖW 1959-1961 sowie auf den Bericht von Gert von Eynern im Archiv für öffentliche und freigewerkschaftliche Unternehmen, Bd. 1, H. 3, Göttingen 1954, S. 276 ff.

zierung zu sichern und den Rahmen der Arbeit abzustecken. Die Vorstandsmitglieder, aus den Mitgliedsunternehmen und -organisationen kommend, konnten als ehrenamtlich Tätige nur begrenzte Zeit und Mühe in die GÖW investieren. In der Geschäftsstelle wirkte Georg Reichenau von 1951 bis März 1958 als erster Geschäftsführer der GÖW. Bis April 1957 gab es neben ihm einen „wissenschaftlichen Geschäftsführer“; dies war anfangs Kurt Hirche und ab April 1953 Dr. Wilhelm Rexrodt.

Sukzessive konnten eine Bibliothek (immer im Umfang begrenzt) und das Archiv eingerichtet werden. Wissenschaftliche Kontakte wurden besonders gepflegt, insbesondere auch ins Ausland. In diesen Zusammenhang gehört die Übernahme der Geschäftsführung der deutschen Sektion der Internationalen Forschungs- und Informationsstelle für Gemeinwirtschaft (IFIG, französisch: CIEREC) im Jahre 1960.

Zu den wichtigsten die Öffentlichkeit erreichenden Aktivitäten der GÖW gehörten in dieser ersten Phase die über 30 Vortragsabende, die zum Teil in Verbindung mit den Mitgliederversammlungen stattfanden. Als die wichtigsten nennt der Tätigkeitsbericht von 1961:

- Senator Dr. Hausmann, Berlin
Investitionsbedarf in der öffentlichen Wirtschaft Berlins
- Prof. Dr. Fritz Karl Mann, Universität Washington
Der Stand der öffentlichen Wirtschaft in den USA
- Dr. Hans Robinsohn, Kopenhagen
Öffentliche Wirtschaft und soziale Sicherheit
- Generaldirektor Dr. Heinrich Kaun, Stuttgart
Die Existenzsicherung der privaten Wirtschaft durch die öffentliche Energie- und Wasserversorgung
- Prof. Dr. H. M. Oeftering, Bonn
Der Bund als Unternehmer
- Dr. Ernst Strassmann, Berlin
Öffentliche Wirtschaft heute
- Prof. Dr. Fritz Sternberg, New York
Der Staat in der Wirtschaft Asiens
- Prof. Dr. Hans Ritschl, Hamburg
Die öffentliche Hand in der Wirtschaft
- Prof. Dr. Richard Barkeley, London
Die Nationalisierung und ihre Lehren in England
- Prof. Dr. Andreas Paulsen, Berlin
Der moderne Staat in der Wirtschaft
- Bundesminister Dr. Siegfried Balke, Bonn
Entwicklungstendenzen bei der Deutschen Bundespost
- Prof. Dr. Gert von Eynern, Berlin
Die öffentliche Wirtschaft im Kartellgesetz.

Außerdem hat es größere Tagungen gegeben, nämlich:

- den Tag der öffentlichen Wirtschaft in Berlin am 5. Juli 1952,
- die „Königsteiner Tagung“ mit dem Thema „Die öffentlichen Unternehmen in der Marktwirtschaft“ in Königstein vom 16. bis 17. Oktober 1954,
- die internationale Studientagung über die öffentliche Wirtschaft in der EWG in Brüssel am 7. und 8. Dezember 1961.

Der alsbald nach der Gründung der Gesellschaft berufene Wissenschaftliche Beirat nahm 1953 unter dem Vorsitz von Professor von Eynern seine Tätigkeit auf. Über die erste, konstituierende Sitzung ist lediglich bekannt, dass bereits damals die Entscheidung gefallen sein muss, statt der in der Satzung der GÖW vorgesehenen Fachausschüsse Unterausschüsse des Wissenschaftlichen Beirats für besondere Themen je nach Bedarf zu bilden. Es wurden dort vier Arbeitskreise gebildet: einer zur Klärung der Frage, was unter öffentliche Wirtschaft fallen solle (später „Terminologie-Ausschuss“ genannt), unter Federführung von Prof. Dr. Gerhard Weisser, ein zweiter zur quantitativen Erfassung der vorhandenen öffentlichen Wirtschaft (als „Enquete“-Ausschuss bezeichnet), unter Federführung von Prof. Dr. Bruno Gleitze, ein dritter zur Behandlung der Frage der für öffentliche Unternehmen geeigneten Rechtsformen, unter Federführung von Dr. Hermann Brügelmann (vom Verband kommunaler Unternehmen), und ein vierter zur Untersuchung von Finanzverflechtungen in der öffentlichen Wirtschaft, unter Federführung von Dr. Hans Storck (vom Deutschen Städtetag). Am 29. Juni 1953 und damit vor der zweiten Sitzung des Plenums des Beirats hielt der Terminologie-Ausschuss seine erste Sitzung ab. Aber auch weitere Arbeitskreise hatten ihre Arbeit aufgenommen, was sich daraus ergibt, dass in der zweiten Plenums-Sitzung darüber berichtet wurde.

Die Berichte aus den Arbeitskreisen wurden auf der Tagung am 20. Oktober 1953 intensiv diskutiert. Im Übrigen besagt der Tätigkeitsbericht von 1961 für diese erste Arbeitsphase seit Gründung des Wissenschaftlichen Beirats, dass damals Folgendes zur stärkeren Berücksichtigung ins Auge gefasst wurde:

1. *Der Beirat legt Wert darauf, sich laufend zu ergänzen und zu verjüngen. Die Ergänzung wird vor allem dazu beitragen, den Beirat so allseitig abzurunden, daß der stets unberechtigt gewesene, aber immer wieder erhobene Vorwurf, er bestehe zur Hauptsache nur aus Persönlichkeiten einer bestimmten parteipolitischen Herkunft, nun auch äußerlich entkräftet wird. Die Verjüngung wird zwanglos durch planmäßige, zunächst gastweise Heranziehung jüngerer Dozenten und Assistenten erreicht.*
2. *Der Beirat in seiner Gesamtheit wird zwei- bis dreimal im Jahr zusammentreten.*
3. *Viel stärker als bisher werden Unterausschüsse mit Sonderaufgaben betraut werden. Hierfür werden aus dem Beirat jeweils nur wenige besonders fachkundige Mitglieder in Anspruch genommen, der Hauptteil aber aus dem Kreis von Wissenschaftlern und Praktikern hinzugebeten werden, die mit dem Thema befaßt sind, ohne der Gesellschaft bzw. ihrem Beirat anzugehören.*
4. *Alle diese Maßnahmen wird der Beirat, entsprechend seiner von der Aufgabe her gebotenen Autonomie, nach Beratung mit dem Vorstand in eigener Verantwortung treffen.“*

Diese weitgesteckten Ziele konnten in der Folgezeit nur teilweise erreicht werden. Es gab personelle Ergänzungen im Beirat, aber nur maßvoll und ohne deutliche Verjüngung, wie die Zusammensetzung des Beirats 1961 zeigt. Gearbeitet wurde aber – unter Wahrung der angesprochenen Autonomie – recht intensiv, besonders in den Arbeitskreisen.

So trat der Terminologie-Arbeitskreis von 1953 bis 1957 unter dem Vorsitz von Professor Weisser zu mehreren, zum Teil zweitägigen Sitzungen zusammen. Es ging dabei nicht nur um reine Terminologie-Fragen, sondern in deren Gewande um inhaltliche Fragen, z.B. um die Einordnung und Erfassung der freien Gemeinwirtschaft. Erste Ergebnisse wurden 1954 in dem von Professor Weisser herausgegebenen „Archiv für öffentliche und freigemeinwirtschaftliche Unternehmen“ veröffentlicht.³

Der Arbeitskreis „Öffentliche Unternehmen / Unternehmensformen“ befasste sich in mehreren Sitzungen von 1953 bis 1957 vor allem mit der Frage der Schaffung einer besonderen Rechtsform für öffentliche Unternehmen. Einen entsprechenden Entwurf legte Dr. Friedrich Zeiß (von der Wibera) 1955 vor; er ist als Heft Nr. 3 der Schriftenreihe der GÖW erschienen. Das Vorhaben wurde dann aber nicht weiterverfolgt und erst 1960 wieder aufgegriffen.

Der Enquete-Arbeitskreis tagte unter Vorsitz von Professor Gleitze im Oktober 1953, um eine Bestandsaufnahme der bestehenden öffentlichen Unternehmen zu erarbeiten. Dieses Projekt wurde weiterverfolgt von der Geschäftsstelle der GÖW, insbesondere von deren wissenschaftlichen Mitarbeitern, darunter dem späteren Geschäftsführer Wolfgang Zetzschke in Zusammenarbeit mit der von Professor Weisser geleiteten Forschungsstätte für öffentliche Unternehmen. 1957 wurde unter dem Titel „Die öffentlichen Unternehmen in der Bundesrepublik und in Berlin. Eine vorläufige Übersicht“ ein Verzeichnis der Unternehmen des Bundes und der Länder sowie kommunaler Gemeinschaftsunternehmen veröffentlicht,⁴ das im Vorwort des Werkes als erster Schritt zu einem umfassenden Verzeichnis aller öffentlichen Unternehmen, einschließlich der kommunalen, mit der Zukunftsperspektive sogar eines späteren Verzeichnisses nicht nur der öffentlichen, sondern auch der freigemeinwirtschaftlichen Unternehmen bezeichnet wird.

Das Plenum des Wissenschaftlichen Beirats kam nach der erwähnten zweiten Sitzung regelmäßig zusammen, so am 17. Juli 1954 und dann am 1. April 1955. In der letzteren Sitzung ging es unter anderem um Fragen der Mitbestimmung in öffentlichen Unternehmen, der Rechtsform für diese Unternehmen und der Privatisierung, wozu im Juni 1955 Material vorgelegt wurde. In einer weiteren Sitzung des Beirats am 19. Juli 1955 in Köln stand ein Bericht von Professor von Eynern zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen und zu Monopolen zur Diskussion. In der Sitzung am 20. April 1956 in Düsseldorf konnten Berichte der Forschungsstätte für öffentliche Unternehmen, die o.g. Bestandsaufnahme betreffend, zur Kenntnis genommen werden.

3 Bd. 1, H. 3, Göttingen 1954, S. 276 ff.

4 Herausgeber: Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft e.V., Berlin; erschienen im Bund-Verlag Köln-Deutz. Die Idee, ein Verzeichnis aller – zumindest größeren – mehrheitlich öffentlichen Unternehmen zu erstellen, und zwar nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern in der gesamten Europäischen Gemeinschaft, wurde Anfang der 1970er Jahre von der Europäischen Zentrale der öffentlichen Wirtschaft (CEEP) aufgegriffen. Die anlässlich der CEEP-Kongresse 1971 bis 1987 erschienenen CEEP-Jahrbücher enthielten neben Globalstatistiken über die Bedeutung der mehrheitlich öffentlichen Unternehmen in den einzelnen Mitgliedstaaten und in der Europäischen Gemeinschaft insgesamt solche Verzeichnisse mit Wirtschaftszahlen für die einzelnen Unternehmen. Wegen des immensen Arbeitsaufwandes und zu geringer Nachfrage nach Einzelangaben über die öffentlichen Unternehmen beschränkten sich die späteren Jahrbücher des CEEP auf die Globalstatistiken.

Diskutiert wurde ferner das weitere Arbeitsprogramm, wobei der Auseinandersetzung mit der Konjunkturpolitik besonderer Stellenwert zukam. Insgesamt gesehen gab es eine Verlagerung des Schwergewichts der Arbeit von den Ausschüssen auf das Plenum.

Diese Tendenz setzte sich – mit einzelnen Unterbrechungen – auch in der Folgezeit fort. Am 1./2. April 1957 behandelte der Beirat in Düsseldorf besondere Fragen des Haushaltsrechts, des Einsatzes der Kernenergie (die damals sehr positiv bewertet wurde, vgl. Heft Nr. 4 der Schriftenreihe) und der öffentlichen Bindung von Unternehmen. Ferner stand die Rechtsform einer „Mammut-AG“ als besondere Rechtsform für Großunternehmen in staatlicher Regie zur Debatte. Die nächste Sitzung am 29./30. November 1957 in Göttingen war vor allem Problemen der Wahrnehmung des öffentlichen Interesses in der Marktwirtschaft gewidmet.

Im Jahre 1958 trat der Beirat zunächst am 7./8. Februar zu einer Sitzung zusammen. Zur Diskussion standen die Rechtsform und der Zweck öffentlicher Unternehmen, ferner Fragen der Kontrolle dieser Unternehmen. Einen besonderen Schwerpunkt bildete die damals umkämpfte (Teil-)Privatisierung des Volkswagenwerkes; der Beirat befasste sich dabei vorrangig mit gemeinwirtschaftlichen Aufgaben des WV-Werkes. Diese Debatte wurde in der Sitzung 22./23. April 1958 in Bonn weiter vertieft und um Überlegungen des Einflusses des Bundes auf seine Unternehmen ergänzt. Auch auf der Sitzung des Beirats am 28. November 1958 ging es um Einfluss und Kontrolle, aber auch um die Finanzierung und die Besteuerung öffentlicher Unternehmen, Themen die von da an immer mehr in den Vordergrund rückten.

Die Sitzung des Beirats am 24./25. April 1959 in Hamburg war bestimmt vom Thema Willensbildung in Nahverkehrsunternehmen. In dieser Sitzung legte Professor von Eynern das Amt des Beiratsvorsitzenden nieder; für die Nachfolge wurde Prof. Dr. Hans Ritschl gewonnen, und Prof. von Eynern wurde, neben dem (früher VKU-, dann Städtetags-)Beigeordneten Dr. Brügelmann, zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Bezüglich der öffentlichen Wirtschaft repräsentierten Professor von Eynern und Professor Ritschl wie auch der Vorsitzende des Terminologie-Ausschusses Professor Weisser unterschiedliche Richtungen (oder „Schulen“). Mehrere ihrer Schüler, insbesondere von Professor Weisser, wurden später in den Wissenschaftlichen Beirat aufgenommen.

In einer weiteren Tagung im Oktober 1959 wurde das künftige Arbeitsprogramm besprochen und beschlossen, die Detailarbeit nach Möglichkeit (wieder) in Ausschüsse zu verlagern, was dann 1959/1960 auch tatsächlich geschah.

So befasste sich im Sommer 1959, im Herbst 1959 und im April 1960 ein neu gebildeter Arbeitskreis/Ausschuss mit den Konzessionsabgaben, und zwar mit der rechtlichen Seite (Referent: Willy Bukow), mit den volks-, betriebs- und finanzwirtschaftlichen Folgen (Referent: Bruno Frank) und mit den zugehörigen steuerlichen Fragen (Referent: Dr. Paul Münch). Die Ergebnisse sind aus taktischen Gründen nicht publiziert worden.

Im Jahre 1960 fand am 22./23.4 in Köln eine größere Sitzung des Beirats statt, unter anderem zu den Themen Privatisierung und Konzessionsabgaben. Im Übrigen wurde das Thema Rechtsformen wieder aufgegriffen, aber eine endgültige Stellungnahme im Hinblick auf die ins Haus stehende Reform des Aktienrechts verschoben. Eine weitere Sitzung fand am 15. Juli 1960 in Göttingen statt; es ging wiederum um die Privatisierung (zu der Professor Ritschl Thesen vorbereitet hatte) und um die Preisgestaltung öffentlicher Unternehmen, insbesondere solcher mit Monopol. Auch wurde ein Bericht von Dr. Eberhard Witte über die Ergebnisse von Hearings zur „Willens-

bildung in den öffentlichen Unternehmen“ entgegengenommen. Ferner tagte im Sommer 1960 ein Ausschuss zur Thematik des öffentlichen Interesses unter erstmaliger Beteiligung von Dr. Theo Thiemeyer, dem späteren Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirats.

Die nächste Plenums-Sitzung fand am 20./21. Oktober 1961 in Köln statt. Es ging diesmal um die Personalpolitik und die Personalwirtschaft in öffentlichen Unternehmen, namentlich bei Bahn und Post. Für die Zukunft wurde beschlossen, das Konzessionsabgabeproblem abschließend zu behandeln und die Ergebnisse zu veröffentlichen, eine Stellungnahme zur Wahrung des staatlichen Einflusses auf öffentliche Aktiengesellschaften zu erarbeiten, einen Forschungsauftrag über Art und Umfang der Betätigung der öffentlichen Hand in der Kreditwirtschaft zu vergeben sowie schließlich die in Gang befindliche Untersuchung über Probleme der Personalwirtschaft in öffentlichen Unternehmen fortzuführen.

Da mit dem Jahr 1961 eine Zäsur in der Arbeit der Gesellschaft und des Beirats gesetzt werden soll, erscheint es angebracht, die zu diesem Zeitpunkt gegebene Zusammensetzung des Wissenschaftlichen Beirats der GÖW aufzuführen:⁵

- Prof. Dr. Hans Ritschl, Universität Hamburg (Vorsitzender)
- Dr. Hermann Brügelmann, Beigeordneter des Deutschen Städtetages, Köln-Marienburg (Stellvertretender Vorsitzender)
- Prof. Dr. Gert von Eynern, Freie Universität Berlin (Stellvertretender Vorsitzender)
- Prof. Dr. Dr. Hans Bayer, Sozialakademie Dortmund
- Prof. Dr. Bruno Gleitze, Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften, Köln
- Dr. Ernst Kaußmann, Verband kommunaler Unternehmen, Köln-Marienburg
- Dr. Will Könemann, Erster Landesrat des Landschaftsverbandes Rheinland, Köln-Deutz
- Dr. Karl Kühne, EWG Generaldirektion Verkehr, Brüssel
- Rechtsanwalt Dr. Otto Kunze, Düsseldorf-Stockum
- Dr. Bruno Molitor, Akademie für Wirtschaft und Politik, Hamburg
- Dr. Paul Münch, Verband kommunaler Unternehmen, Köln-Marienburg
- Dr. Erich Potthoff, Forschungsstelle für Konsumwirtschaft im Zentralverband Deutscher Konsumgenossenschaften, Hamburg-Sasel
- Staatssekretär Prof. Dr. Wilhelm Reuss, Hessisches Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Wiesbaden
- Prof. Dr. Gisbert Rittig, Universität Göttingen
- Prof. Dr. Gerhard Weisser, Universität Köln
- Dr. Eberhard Witte, Akademie für Wirtschaft und Politik, Hamburg
- Dr. Friedrich Zeiß, Wirtschaftsberatung AG, Düsseldorf

Wie ersichtlich, sind einige Wissenschaftler der ersten Stunde (insbesondere die Professoren Ritschl, von Eynern, Gleitze, Rittig und Weisser) weiter dabei, und sie prägten die Arbeit noch ein weiteres Jahrzehnt. Hinzugekommen sind einige Persönlichkeiten aus der Praxis und verschiedene, eher „individuelle“ Wissenschaftler. Trotz mancher wissenschaftlicher Unterschiede verlief die Arbeit – jedenfalls im ganzen – sehr harmonisch.

In der Folgezeit wurde die Anzahl der ordentlichen Mitglieder des Beirats auf höchstens 25 begrenzt. Darüber hinaus gab und gibt es sogenannte korrespondierende Mitglieder, teils Praktiker,

5 GÖW-Tätigkeitsbericht 1959-1961, a.a.O., S. 27.

die mitarbeiten, aber nicht den Status ordentlicher Mitglieder haben wollten, teils bisherige ordentliche Mitglieder, die insbesondere altershalber nicht mehr zu voller Mitarbeit bereit oder in der Lage waren.

Abschließend soll zur Außenwirkung der GÖW⁶ und des Beirats in dieser frühen Phase etwas gesagt werden. Es wurde bereits auf die vielen Vortragsveranstaltungen hingewiesen, deren Organisation aber Schwierigkeiten bereitete. Im November 1959 referierte Dr. Fritz Georg Hook über die öffentliche Wirtschaft in Berlin. Dann gab es eine Pause, bis im Mai 1961 der von der IFIG veranstaltete V. Internationale Kongress der Gemeinwirtschaft in Wien wieder für Publizität sorgte.⁷ Doch dieses Ereignis gehört schon mehr in die nächste Phase der Arbeit von GÖW und Beirat.

Für die Außenwirkung sorgten im Übrigen die Zeitschrift „Die öffentliche Wirtschaft“ (DöW), deren erstes Heft bereits im Juli 1952 erschien, und die 1954 eröffnete Schriftenreihe der Gesellschaft. Im ersten Heft der DöW findet sich zu Beginn ein Aufsatz von Ernst Reuter zur öffentlichen Versorgungswirtschaft, und in der Folge gab es immer wieder auch Aufsätze von Praktikern zu ihrem Unternehmensbereich. Im Übrigen veröffentlichte die DöW bis 1957 neben einigen Tagungsberichten fast ausschließlich größere wissenschaftliche Beiträge von Beiratsmitgliedern und anderen Wissenschaftlern; die Zeitschrift glich so mehr der heutigen „Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen“ (ZögU) als der DöW in ihrer späteren Phase (viele Hefte umfassten 80 oder mehr Seiten). In jedem Jahr gab es mehrere Hefte, sodass von einer reichhaltigen wissenschaftlichen Publizität gesprochen werden kann. Im Jahre 1957 übernahm Willy Bukow die Schriftführung der DöW von Georg Reichenau, der als Geschäftsführer der GÖW ab 1953 auch Schriftführer der Zeitschrift gewesen war; Schriftführer der ersten Ausgabe im Jahr 1952 war Kurt Hirche gewesen. Die DöW wurde wie bisher weitergeführt, aber um mehr aktuelle Berichte, um persönliche Nachrichten und um Buchbesprechungen angereichert mit dem Ziel, die Manager in den öffentlichen Unternehmen besser anzusprechen.

Zu nennen ist weiter die Schriftenreihe der GÖW, deren erste Nummer 1954 erschienen ist und die bis heute fortgeführt wird; ein Verzeichnis der erschienenen Bände ist dem Original dieser Geschichtsdarstellung als Anhang 1 beigelegt. Den ersten, Materialien zur Besteuerung öffentlicher Unternehmen und eine Bibliographie enthaltenden Bänden, folgte 1955 der von Dr. Zeiß erarbeitete Entwurf eines Gesetzes über öffentliche Unternehmen, der, wie dargelegt, im Wissenschaftlichen Beirat längere Zeit erörtert wurde. Dann ging es um die seinerzeit fast schwärmerisch begrüßte friedliche Nutzung der Atomenergie. Heft Nr. 6 (1958) war der Frage der Privatisierung des Volkswagenwerkes gewidmet und spiegelt die entsprechende Diskussion im Beirat. Gleiches gilt vom folgenden Band über die Besteuerung öffentlicher Unternehmen.

Für die Herausgabe der DöW und der Schriftenreihe gründete die GÖW 1957 in Berlin, vor allem aus steuerlichen Gründen, einen eigenen Verlag mit dem Namen „A.V.G. Allgemeine Verlagsgesellschaft mbH“.

6 Lt. Tätigkeitsbericht 1959-1961, a.a.O.

7 Vgl. den Bericht in der Zeitschrift „Die öffentliche Wirtschaft“, H. 2, Jg. X, April-Juni 1961, S. 74-77.

III. Die Phase der Internationalisierung (1961-1968)

Die zu behandelnde Arbeitsphase der GÖW von 1961 bis 1968 kann nach allen Unterlagen aus dieser Zeit als Phase der Internationalisierung der GÖW einschließlich des Wissenschaftlichen Beirats gekennzeichnet werden. Bereits Ende des Jahres 1960 wurde die GÖW Mitglied der Internationalen Forschungs- und Informationsstelle für Gemeinwirtschaft (IFIG), kurz darauf auch der Europäischen Zentrale der öffentlichen Wirtschaft (CEEP). Die GÖW engagierte sich stark auf der Tagung der IFIG 1962 in Rom und richtete ihre Aktivität auf die Ausrichtung des nächsten IFIG-Kongresses 1965 in Berlin, der dann auch erfolgreich vonstatten ging. In den Tätigkeitsberichten der GÖW für 1962-1963, für 1964-1965 und für 1966-1967 wird über die nationale Tätigkeit der GÖW nur wenig berichtet, ausführlich dagegen über die Mitarbeit in der IFIG und in der CEEP.

Veranstaltungen der GÖW außerhalb der zweijährigen Mitgliederversammlungen gab es kaum noch. Im Tätigkeitsbericht für 1962-1963 wird über ein zu geringes Echo solcher Veranstaltungen geklagt. Der internationale IFIG-Kongress 1965 in Berlin erreichte dagegen eine ganz andere publizistische Wirkung als die nationalen Veranstaltungen.⁸

Präsidenten der GÖW waren von 1959 bis 1962 Dr. Julius Brecht von der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft und dann ab 1963 Oberstadtdirektor a.D. Dr. Bernhard Heun als Vertreter der kommunalen Wirtschaft. Alleiniger Geschäftsführer der GÖW war von 1958 bis 1965 Wolfgang Zetzschke (der 1966 nach seinem Wechsel zur Bewag in den Wissenschaftlichen Beirat aufgenommen wurde, siehe unten) und von 1966 bis 1968 dann Folkmar Kath.

Der Wissenschaftliche Beirat blieb von der Internationalisierung nicht unberührt. Im Tätigkeitsbericht der GÖW für 1964-1965 findet sich der Vermerk, dass die Arbeit des Beirats nicht im gewohnten Umfang habe weitergeführt werden können, weil alle Kräfte für den Internationalen Kongress gebraucht wurden. Möglicherweise spielte aber auch eine Rolle, dass die Stamm-Mitglieder des Beirats älter geworden waren und neue (jüngere) Mitglieder zunächst nicht hinzutraten. Untätig geblieben ist der Beirat indessen auch in dieser Periode nicht. Im Jahre 1962 gab es drei Sitzungen des Plenums. In der ersten am 9. März in Köln wurde die Forderung nach Mehrstimmrechtsaktien für die öffentliche Wirtschaft zur Abwehr einer kalten Privatisierung besonders in der Energiewirtschaft aufgestellt. In den Sitzungen am 16. April in Köln und am 10. August in Hamburg stand ein Begriffskatalog zur Diskussion. Ausschusssitzungen gab es im Jahre 1962 nicht.

Im Jahre 1963 fanden den Quellen zufolge mindestens zwei Plenumsitzungen des Beirats und mehrere Arbeitskreissitzungen zur Ausarbeitung einer Stellungnahme zu Art. 90 EGV (damaliger Fassung) statt. Um die wettbewerbliche Stellung der öffentlichen Unternehmen im Europäischen Gemeinsamen Markt, also ein typisches Europathema, ging es auch in der ersten Plenumsitzung 1963 am 14. Juni in Hamburg. Dort wurde eine Ausschusssitzung zur Formulierung der Stellungnahme für den 20. Juli angesetzt. Die zweite Plenumsitzung am 2. Dezember befasste sich mit Fragen der Umsatzsteuer; es waren Sachverständige zugezogen worden. – An der Zusam-

⁸ Vgl. den Bericht von Willy Bukow, in: Die öffentliche Wirtschaft, H. 2, 1965, S. 120 ff.

mensetzung des Beirats hatte sich nichts geändert, nur dass Prof. Dr. Erich Potthoff 1964 vom Wissenschaftlichen Beirat in den Vorstand der GÖW wechselte.

Im Jahre 1965 trat der Wissenschaftliche Beirat erst nach dem IFIG-Kongress am 15. Oktober zu einer Plenarsitzung zusammen, und zwar in Hamburg. Es ging um die Personalpolitik in öffentlichen Unternehmen und um ein neues Arbeitsprogramm; die Arbeit sollte wieder intensiviert werden. – Den Vorsitz führte nach wie vor Prof. Dr. Hans Ritschl; als Gast war Dr. Theo Thiemeyer zugegen. Die Geschäftsstelle war durch Wolfgang Zetzschke und Willy Bukow vertreten. Weitere Sitzungen fanden in diesem Jahr nicht statt.

Im April 1966 kam der Beirat in Bonn zu seiner nächsten Plenarsitzung zusammen; Gäste waren Dr. Rudolf Eiermann von der Bundesbahn, Dr. Georg Garbe vom Bundespostministerium und wiederum Dr. Thiemeyer. Themen waren Regionalforschung, Finanzierungsfragen und die Stabilitätspolitik. Ferner wurde beschlossen, den Beirat (endlich) um neue Mitglieder zu erweitern. Auf Vorschlag des Beirats berief alsbald der Vorstand der GÖW als neue Beiratsmitglieder Prof. Dr. Karl Oettle, Dr. Thiemeyer, Willy Bukow und, wie bereits erwähnt, Wolfgang Zetzschke, die beiden letzteren als wissenschaftlich orientierte Praktiker. Man kann hierin bereits den Beginn der nächsten Arbeitsphase von GÖW und Beirat sehen, aber der Neubeginn brauchte etwas Zeit. Er wurde im Grunde erst eingeleitet durch die Mitgliederversammlung am 22. März 1968, auf der Professor Oettle über die Kriterien der Finanzierung öffentlicher Betriebe referierte und damit die nächste Ära einläutete.

Zunächst aber wurde 1967 die bisherige Arbeit unter dem Vorsitz von Professor Ritschl fortgesetzt. In den Plenarsitzungen am 10. März in Düsseldorf und am 1. Juli in Köln standen Fragen der Finanzierung zur Debatte. Mit dieser Thematik befasste sich auch ein Ausschuss am 28. August 1967 und erneut am 8. Juni 1968 unter dem Vorsitz von Dr. Karl Kühne.

Zuvor war aber das Plenum des Beirats am 22. März 1968 in Berlin (dem Tag der Mitgliederversammlung) zu einer weichenstellenden Sitzung zusammengekommen. Hier erklärten Professor Ritschl und Professor von Eynern ihren Rücktritt als Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender des Beirats. Zum neuen Vorsitzenden wurde Professor Oettle gewählt, und er übernahm sogleich diese Funktion; seine Stellvertreter wurden Prof. Dr. Bruno Molitor und Dr. Paul Münch, der 1962 in den Beirat berufen worden war. Es wurde beschlossen, ab sofort alle drei Jahre eine Neuwahl vorzunehmen. – Als Gäste waren anwesend Dr. Eiermann, Dr. Günter Püttner und vom Vorstand Präsident Dr. Heun. In der Sache ging es hier wie auf einer weiteren Plenumstagung am 15. Juni 1968 in Köln um Finanzierungsfragen, womit die bisherige Debatte fortgesetzt wurde. Unterstützt wurde der Beirat durch den Geschäftsführer Folkmar Kath und ab 1. Januar 1967 durch die neu eingestellte wissenschaftliche Assistentin Helgart Potratz.

Aber noch immer war die Tätigkeit der GÖW stark international ausgerichtet. Die Mitgliederversammlung am 22. März 1968 stand ganz im Zeichen der Vorschau auf die beiden internationalen Kongresse des Jahres. Zunächst gab es den CEEP-Kongress vom 25. bis 27. April in Paris, dann den IFIG-Kongress vom 14. bis 17. Oktober in Lüttich; an dem ursprünglich vorgesehenen Tagungsort Athen konnte der Kongress aus politischen Gründen nicht stattfinden.

Auch die publizistische Aktivität der GÖW war besonders von internationaler Thematik geprägt. In der Schriftenreihe erschienen zwei Bände (Nr. 9 und Nr. 11) zu europäischen Themen.

IV. Die Umbruchphase 1968-1973

Eigentlich sah es im Jahre 1968 weder in der Gesellschaft selbst noch im Wissenschaftlichen Beirat nach einem Umbruch aus, trotz der erfolgten Wachablösung im Beirat. Die GÖW konzentrierte sich wieder mehr auf nationale Fragen. Der Tätigkeitsbericht von 1970 über die Jahre 1968-1969 hebt besonders Maßnahmen zur Verteidigung der öffentlichen Wirtschaft gegen Angriffe in der Öffentlichkeit hervor, geht aber auch wie bisher auf die Mitarbeit bei CEEP und IFIG näher ein.

Die Mitgliederversammlung am 6. Mai 1970, auf der dieser Tätigkeitsbericht erstattet wurde, war zunächst durch ein beachtliches Maß an Öffentlichkeitswirkung gekennzeichnet. Es gab Grußworte von Bundeskanzler Willy Brandt, Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller sowie anderen Politikern und einen repräsentativen Empfang durch den Regierenden Bürgermeister von Berlin Klaus Schütz. Zum neuen Präsidenten der GÖW wurde in dieser Mitgliederversammlung Dr. Paul Bleiß von der Salzgitter AG gewählt.

Als ein gewisser Umbruch kann die verstärkte Mitwirkung und Einflussnahme der einschlägigen Gewerkschaften und ihrer gemeinwirtschaftlichen Unternehmen in der Gesellschaft bezeichnet werden, die deshalb in „Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft und Gemeinwirtschaft“ (GÖWG) umbenannt wurde, und auch die Zeitschrift der Gesellschaft hieß statt „Die öffentliche Wirtschaft“ fortan „ÖWG Öffentliche Wirtschaft und Gemeinwirtschaft“. Man versprach sich von diesem verstärkten Zusammengehen eine Effektivierung der Arbeit, auch wegen des erheblichen finanziellen Beitrags der Gewerkschaften und ihrer Unternehmen für die Arbeit der Gesellschaft und des Wissenschaftlichen Beirats. Wie wichtig diese Entwicklung genommen wurde, ergibt sich unter anderem daraus, dass auf der genannten Mitgliederversammlung 1970 der Hauptvortrag von Dr. Walter Hesselbach, dem Vorstandsvorsitzenden der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft, gehalten wurde, und zwar bezeichnenderweise zum Thema „Gemeinwohl und Gemeinwirtschaft“. – Als Geschäftsführer der Gesellschaft fungierte seit November 1968 Dr. Rolf Seeland.

Was den Wissenschaftlichen Beirat betrifft, so setzte dieser zunächst seine Arbeit trotz des Generationenwechsels kontinuierlich fort; 1968 wurden vor allem die bisherigen Themen weiterbehandelt. Dann aber sorgten Prof. Dr. Karl Oettle als Vorsitzender zusammen mit Dr. Theo Thiemeyer für einen Neuanfang. Sie legten gemeinsam Thesen über die Unterschiede zwischen privatunternehmerischen und öffentlich-wirtschaftlichen Zielen (veröffentlicht in DöW, Heft 1/1969), über die Unterschiede zwischen privater Absatzpolitik und öffentlicher Angebotspolitik (DöW, Heft 2/1969) und über Kriterien der Finanzierung öffentlicher und privater Unternehmen (DöW, Heft 3/1969) vor. Diese Thesen standen allerdings in der Plenarsitzung des Beirats am 21. Dezember 1968 in Bonn noch nicht zur Debatte. Hier wurde unter Mitwirkung der neuen Mitglieder Prof. Dr. Hans Hirsch und Dr. Günter Püttner in Anwesenheit des Geschäftsführers Dr. Seeland über die Schwierigkeiten bei der Gewinnung von wissenschaftlichen Mitarbeitern und über die Aufgaben des Beirats beraten. Dabei ergab sich ein gewisser Gegensatz zwischen der Auffassung der Beiratsmitglieder, die für die Unabhängigkeit des Gremiums plädierten, und der Position des Geschäftsführers, wonach der Beirat eher Zuarbeit für den Vorstand leisten sollte. Professor Oettle betonte, es könne nicht Aufgabe des Beirats sein, einer „reinen Lobbyistenor-

ganisation“ (der CEEP) zu dienen. Zu einer Konfrontation kam es aber in dieser Sitzung (noch) nicht.

Die Diskussion über die Thesen von Professor Oettle und Dr. Thiemeyer begann in der Plenarsitzung des Beirats am 22. Februar 1969 in Köln. Als neue Mitglieder waren neben Professor Hirsch und Dr. Püttner auch Dr. Achim von Loesch von der Bank für Gemeinwirtschaft und Dr. Georg Garbe vom Bundespostministerium anwesend, von der Geschäftsstelle Dr. Seeland und der neue Wissenschaftliche Mitarbeiter Adolf Kraus. Man verständigte sich auf die Intensivierung der Arbeit und diskutierte die Namensänderung der Gesellschaft, wobei die Frage auftrat, was denn Gemeinwirtschaft genau sei. Die durchaus intensiven Diskussionen zu den Thesen gewannen mehr und mehr den Charakter eines internen Gedankenaustauschs ohne greifbare, nach außen vorzeigbare Ergebnisse. Im Beirat wurde dieser Klärungsprozess allgemein als nützlich eingeschätzt, der Geschäftsführer empfand aber die Debatten als eher akademisch und letztlich nutzlos. So kam es in den letzten Monaten des Jahres 1969 zu einem Vorschlag des Geschäftsführers an den Vorstand der Gesellschaft mit dem Ziel, korrigierend in die Arbeit des Beirats einzugreifen, insbesondere wieder Fachausschüsse zur Erarbeitung konkreter Stellungnahmen zu bilden. Die Idee, die an die erste Phase der Beiratsarbeit anknüpfte, stieß als solche auch bei vielen Beiratsmitgliedern auf Aufgeschlossenheit. Aber der Vorstoß der Geschäftsführung war offenbar kritisch-konfrontativ gegenüber dem Beirat abgefasst und mit diesem und dessen Vorsitzenden nicht abgestimmt. So fühlte sich Professor Oettle vor den Kopf gestoßen und legte den Vorsitz und die Mitgliedschaft im Beirat nieder.

Deshalb fand die nächste Plenarsitzung des Beirats am 6. Dezember 1969 in Düsseldorf ohne Professor Oettle statt; den Vorsitz übernahm sein Stellvertreter Dr. Paul Münch, im Hauptamt Beigeordneter des Verbandes kommunaler Unternehmen. Von der Geschäftsstelle waren Dr. Seeland und Herr Kraus anwesend. Hauptthema war naturgemäß die neue Lage. Alle Beiratsmitglieder vertraten die Auffassung, man solle Professor Oettle wieder für die Mitarbeit gewinnen; Professor Gleitze wurde beauftragt, mit ihm zu sprechen.

Gespräche gab es in der Folgezeit viele, aber die Sacharbeit ruhte. In der Plenumsitzung am 5. Mai 1970 in Berlin berichtete Professor Gleitze über seine Gespräche mit Professor Oettle; diese seien aber noch nicht abgeschlossen. Um die Sacharbeit wieder in Gang zu bringen, fasste man den Entschluss, vier Ausschüsse zu bilden. Dieses Vorhaben wurde in der Plenumsitzung am 19. September 1970 in Bad Godesberg in die Tat umgesetzt.

Im Jahre 1971 fanden zahlreiche Sitzungen der Ausschüsse statt, beginnend mit dem Ausschuss „Öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen in der EWG“ am 23. Januar in Frankfurt unter dem Vorsitz von Dr. Karl Kühne. Es folgten Sitzungen des Ausschusses „Finanzierung“ und des Ausschusses „Bundespost/Bundesholding“ (letzterer unter dem Vorsitz von Professor Püttner). Die Geschäftsführung war ab März 1971 durch den im Februar 1971 eingestellten wissenschaftlichen Mitarbeiter Wolf Leetz vertreten, der von Anfang an wesentlich zu einem guten Arbeitsklima in den Ausschüssen beitrug.

In der Plenumsitzung des Beirats am 11. Dezember 1971 in Frankfurt unter dem Vorsitz von Dr. Münch konnte Dr. Gerhard Zweig von der Deutschen Girozentrale – Deutsche Kommunalbank als neues Mitglied begrüßt werden. Es wurde über weitere Gespräche mit Professor Oettle berichtet, aber auf die Zustimmung des Vorstandes als Problem hingewiesen. Über die Tätigkeit der Arbeitskreise wurde berichtet.

Vom 27. bis 29. März 1972 führte der Wissenschaftliche Beirat erstmals auf Einladung der Bank für Gemeinwirtschaft, vermittelt durch Dr. von Loesch, eine Tagung in Emmershausen im Taunus durch. Den Vorsitz führte Dr. Münch, die Geschäftsstelle war durch Dr. Seeland und Herrn Leetz vertreten, und Prof. Dr. Peter Eichhorn konnte als neues Beiratsmitglied begrüßt werden. Ein Generalthema gab es damals nicht, aber es wurden alle in den Arbeitskreisen vorberatenen Themen besprochen, ebenso bereits das gerade aufgekommene Thema der (Arbeitnehmer-)Mitbestimmung. Auch die Erfolgskriterien öffentlicher Unternehmen standen zur Debatte. Wiederum wurde eine Einladung an Professor Oettle zur Mitarbeit beschlossen.

Im Übrigen fanden im Jahre 1972 zahlreiche Sitzungen der Arbeitskreise statt (insgesamt 7), darunter eine des Grundsatzausschusses unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Gerhard Weisser und eine des neu geschaffenen Arbeitskreises „Gemeinwirtschaftliche Erfolgsrechnung“ unter dem Vorsitz von Professor Eichhorn.

Im Frühjahr 1973 (in dem es eine Tagung in Emmershausen nicht gab) wurden diese Aktivitäten fortgesetzt. Eine Plenumsitzung fand am 5. Mai 1973 in Berlin statt, in der aus einigen Arbeitskreisen berichtet und über die weitere Arbeit befunden wurde. Zuvor hatte es am 4. Mai eine gemeinsame Sitzung des Vorstandes mit Vertretern des Wissenschaftlichen Beirats gegeben, die der besseren Verständigung beider Seiten diente und insoweit auch einigen Erfolg brachte. Ausführlich wurde über die Frage von Veröffentlichungen des Beirats gesprochen und ein Kompromiss erzielt, der als kennzeichnend für die Lage wiedergegeben werden soll (Formulierung von Dr. Bleiß):

„Grundsätzlich sind die Arbeitsergebnisse des WBR bzw. seiner Arbeitskreise dem Vorstand vorzulegen, der die Möglichkeit hat, sie im Namen der GöWG zu veröffentlichen. Kann der Vorstand einer Vorlage des WBR nicht zustimmen, besteht für den WBR die Möglichkeit, in eigenem Namen eine Veröffentlichung vorzunehmen. Es ist in diesem Fall darauf hinzuweisen, daß es sich nicht um eine Meinungsäußerung der GöWG handelt. Für den Fall, daß nicht alle Mitglieder des WBR gleicher Ansicht sind, sind Mehrheits- und Minderheitsmeinungen in die Stellungnahme des WBR aufzunehmen. Sollte der Vorstand erhebliche Bedenken gegen die Veröffentlichung einer Arbeit des WBR haben, muß die Veröffentlichung unterbleiben.“

Zum Glück brauchte später auf diese Einigung nicht im Detail zurückgegriffen zu werden. Im Übrigen öffnete die Sitzung offenbar den Weg für die Rückkehr Professor Oettes in den Beirat, und zwar nach einem Gespräch zwischen ihm, Prof. Dr. Eberhard Witte und Dr. Bleiß.

Jedenfalls war Professor Oettle bei der Plenumsitzung am 16./17. November 1973 in Berlin dabei, übernahm aber (wahrscheinlich absprachegemäß) nicht wieder den Vorsitz. Zum Vorsitzenden, und zwar nun zum definitiven Vorsitzenden wurde Dr. Münch gewählt, der als einziger kandidiert hatte; zu Stellvertretern wählte der Beirat Professor Thiemeyer und Prof. Dr. Gisbert Rittig. Als neue Kandidaten für die Aufnahme in den Beirat wurden vorgeschlagen: Prof. Dr. Peter Friedrich, Prof. Dr. Werner Noll, Dr. Heinz Bolsenkötter (von der Wibera), Prof. Dr. Gerhard Himmelmann und Prof. Dr. Helmut Jenkis, die sämtlich einige Zeit später in den Beirat berufen wurden. Im Übrigen gab es Berichte aus den Arbeitskreisen und eine Würdigung der Schrift von Professor Witte und Dr. Jürgen Hauschildt über öffentliche Unternehmen im Interessenkonflikt.

Damit war die Arbeit der GÖWG und vor allem des Beirats wieder auf festen Grund gestellt und die „Umbruchphase“, was den Beirat anbelangt, weitgehend beendet. Reibungen zwischen Vorstand und Beirat gab es kaum noch. Die Betreuung des Beirats lag fortan allein in den Händen des Wissenschaftlichen Mitarbeiters Wolf Leetz, der Geschäftsführer Dr. Seeland zeigte sich nicht mehr.

Für die Gesellschaft insgesamt war die Umbruchphase Ende 1973 insofern noch nicht abgeschlossen, als die Zeitschrift ÖWG, die bisher bei der GÖWG-eigenen A.V.G. Allgemeine Verlagsgesellschaft mbH erschien, Ende 1974 an den Hammonia Verlag in Hamburg zur verlegerischen, aber auch redaktionellen Betreuung abgegeben wurde. Anstelle des bisherigen Schriftleiters Willy Bukow benannte der Hammonia Verlag anfangs Dr. Gottfried Schneider aus Düsseldorf und später Ude Jens Frerichs aus Hamburg zum Redakteur. Die ÖWG blieb aber Organ der Gesellschaft, und ihr Geschäftsführer war zugleich die „Berliner Redaktion“ der Zeitschrift. Die ÖWG behielt auch ihren Charakter als Mitteilungsblatt für alle Beteiligten; wissenschaftliche Beiträge veröffentlichte sie nur gelegentlich, und Beiratsmitglieder traten als Autoren selten in Erscheinung.

V. Die Konsolidierungsphase unter dem Beiratsvorsitz von Dr. Paul Münch 1973-1977

Über die Tätigkeit der Gesellschaft und des Wissenschaftlichen Beirats kann von nun an kursivischer als bisher berichtet werden, weil die Einzelheiten in den Tätigkeitsberichten der GÖWG alle zwei Jahre ausführlich dokumentiert sind. Das gilt insbesondere auch für die Arbeit des Beirats, über die seit dem Tätigkeitsbericht 1972-1973 jeweils über mehrere Seiten berichtet wurde (ab 1976-1977 durch den Vorsitzenden des Beirats).

Die Tätigkeit der Gesellschaft selbst konzentrierte sich auch ab 1973 besonders auf die – meist sehr repräsentative – Mitgliederversammlung, auf der jeweils ein großer Vortrag gehalten wurde, sowie auf die Mitwirkung bei IFIG und CEEP. Auf der Jubiläumsveranstaltung zum 25jährigen Bestehen der Gesellschaft am 14./15. Juni 1976 in Berlin hielt beispielsweise Karl Haehser, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, den Festvortrag. Zu dieser Veranstaltung gab es auch ein Grußwort von Bundeskanzler Helmut Schmidt.

Auf der nächsten Mitgliederversammlung am 6. Oktober 1978 in Berlin erstattete Dr. Paul Bleiß als Präsident der Gesellschaft den Bericht für die Jahre 1976-1977. Der Bericht geht sogleich auf die Arbeit des Wissenschaftlichen Beirats ein und würdigt sie positiv; erst dann folgen Hinweise auf die Zeitschrift und die internationalen Aktivitäten. Anschließend findet sich (erstmalig) ein gesonderter Bericht von 6 1/2 Seiten über die Arbeit des Beirats, in dem auch die Diskussionen und Arbeitsergebnisse der Arbeitskreise im einzelnen aufgeführt sind. Dass damit der Wissenschaftliche Beirat als Kernstück der Arbeit der Gesellschaft hervorgetreten ist, war sicherlich besonders dem Beiratsvorsitzenden Dr. Paul Münch zu danken, der über den Verband kommunaler Unternehmen auch im Vorstand der Gesellschaft Einfluss besaß. Auf ihn ging auch zurück, dass seitdem der jeweilige Vorsitzende des Beirats satzungsgemäß als ordentliches Mitglied dem Vorstand angehörte. Vielleicht wurde diese Entwicklung auch dadurch erleichtert, dass der Ge-

schäftsführer Dr. Seeland zum Jahresende 1976 ausschied und zu einer Fachhochschule wechselte. Zum Nachfolger wurde Wolf Leetz bestellt, der gleichzeitig seine Funktion als Betreuer des Wissenschaftlichen Beirats beibehielt; auch damit war für eine gute Verzahnung der Arbeit im Vorstand und im Beirat gesorgt. Die Entwicklung kann so ohne Abstriche als Konsolidierung gewertet werden, auch wenn es seitdem keinen wissenschaftlichen Mitarbeiter zur Unterstützung des Geschäftsführers mehr gegeben hat.

Im Wissenschaftlichen Beirat konnte seit Ende 1973 ganz die Sacharbeit im Vordergrund stehen. Zu Beginn des Jahres 1974 fanden drei Arbeitskreissitzungen statt, ehe der Beirat als Plenum vom 25. bis 27. März (und fortan jährlich vom Aschermittwoch an) in Emmershausen zu einer intensiven Tagung zusammentrat. Es ging um das damals hochaktuelle Thema der Mitbestimmung im öffentlichen Bereich. Die sehr offene und durchaus in die Tiefe gehende Aussprache verlief in manchen Punkten kontrovers, zumal auch Vertreter der Gewerkschaften mitwirkten. Die Diskussion ist als Heft 12 der Schriftenreihe Anfang des Jahres 1976, versehen mit einem Vorwort von Dr. Münch, veröffentlicht. Damit erschien erstmals nach einer Pause von zehn Jahren wieder ein Band der Schriftenreihe, die nun bevorzugter Ort der Präsentation der Arbeitsergebnisse des Beirats wurde.

Der Beirat setzte sich 1976 wie folgt zusammen:

- Dr. Paul Münch, Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU), Köln-Marienburg (Vorsitzender)
- Prof. Dr. Gisbert Rittig, Breitbrunn (Stellvertretender Vorsitzender)
- Prof. Dr. Theo Thiemeyer, Ruhr-Universität Bochum (Stellvertretender Vorsitzender)
- Dr. Heinz Bolsenkötter, WIBERA Wirtschaftsberatung AG, Düsseldorf
- Ministerialrat a.D. Willy Bukow, Mettmann
- Prof. Dr. Peter Eichhorn, Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer
- Ministerialrat Dr. Rudolf Eiermann, Deutsche Bundesbahn, Frankfurt/Main (korrespondierendes Mitglied)
- Prof. Dr. Gert von Eynern, Berlin (korrespondierendes Mitglied)
- Prof. Dr. Peter Friedrich, Universität Siegen
- Ministerialrat a.D. Dr. Georg Garbe, Bonn-Bad Godesberg
- Staatsminister a.D. Prof. Dr. Bruno Gleitze, Berlin
- Dr. Gerhard Himmelmann, Pädagogische Hochschule Niedersachsen, Braunschweig
- Prof. Dr. Hans Hirsch, Rheinisch-Westfälische Hochschule Aachen
- Dr. Karl Kühne, EWG-Generaldirektion Verkehr, Brüssel
- Dr. Achim von Loesch, Bank für Gemeinwirtschaft AG, Frankfurt/Main
- Prof. Dr. Bruno Molitor, Universität Würzburg
- Prof. Dr. Werner Noll, Universität Würzburg
- Prof. Dr. Karl Oettle, Universität München
- Prof. Dr. Günter Püttner, Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer
- Prof. Dr. Hans Ritschl, Universität Hamburg (korrespondierendes Mitglied)
- Prof. Dr. Gerhard Weisser, Göttingen
- Prof. Dr. Eberhard Witte, Universität München
- Dr. Friedrich Zeiß, Düsseldorf

- Dipl.-Pol. Wolfgang Zetzschke, Berliner Kraft- und Licht (Bewag)-AG, Berlin (korrespondierendes Mitglied)
 - Dr. Gerhard Zweig, Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank, Frankfurt/Main
- In der betrachteten Periode sind außer den bereits genannten keine weiteren Wissenschaftler, wohl aber zwei Praktiker hinzugekommen: Dr. Wolf Dieter Becker (vom Verband öffentlicher Banken) und Dr. Fritz Knauss (vom Bundesfinanzministerium). Folgende Arbeitskreise waren tätig:
- Arbeitskreis „Grundsatzfragen“ unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Gerhard Weisser, Göttingen
 - Arbeitskreis „Finanzierung und EWG-Fragen“ unter dem Vorsitz von Dr. Karl Kühne, Brüssel
 - Arbeitskreis „Bundessondervermögen – Bundesholding“ unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Günter Püttner, Speyer
 - Arbeitskreis „Steuerreform“ unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Hans Hirsch, Aachen
 - Arbeitskreis „Gemeinwirtschaftliche Erfolgsrechnung“ unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Peter Eichhorn, Speyer
 - Arbeitskreis „Energiekrise“ unter dem Vorsitz von Dr. Paul Münch, Köln.

Außerdem befasste sich eine Arbeitsgruppe mit der Förderung des Faches Öffentliche Betriebswirtschaftslehre an den Universitäten.

Im Jahre 1975 gab es wiederum zahlreiche Sitzungen der Arbeitskreise. Das Plenum des Beirats trat am 18./19. April in Berlin zusammen. Es standen nochmals die Mitbestimmung und dann die Frage öffentlicher Investitionen zur Debatte. Neben der Vorbereitung der Emmershäuser Tagung 1976 gab es weitere Vorschläge für die Gewinnung neuer Beiratsmitglieder, nämlich Prof. Dr. Carl Böhret, Prof. Dr. Albert von Mutius und Prof. Dr. Winfried Brohm; bis auf letzteren wurden diese bald darauf in den Beirat berufen. Nach weiteren Arbeitskreissitzungen trat das Plenum noch einmal am 28./29. November in Düsseldorf zusammen, um Berichte aus den Arbeitskreisen zu diskutieren und das Fach Öffentliche Betriebswirtschaftslehre voranzubringen.

Anfang des Jahres 1976 tagten die neu gebildeten Arbeitskreise „Wirtschaftspolitische Fragen“ unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Gisbert Rittig und „Aufgabenerfüllung“ unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Peter Eichhorn, ehe das Plenum vom 3. bis 5. März in Emmershausen zusammentrat. Es ging auf dieser Tagung um das Thema „Die öffentlichen Unternehmen im Rahmen der Konjunktur- und Strukturpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Finanzierungsprobleme“. Sie ist dokumentiert in dem 1977 erschienenen Heft 14 der Schriftenreihe der Gesellschaft. Auf der Tagung stand aber auch ein Entwurf von Professor Rittig mit dem Titel „Privatisierung öffentlicher Unternehmen – kein Mittel zum Abbau von Haushaltsdefiziten“ zur Diskussion, der in eine entsprechende Stellungnahme des Beirats mündete. Diese wurde als Heft 13 der Schriftenreihe (noch 1976) veröffentlicht, wodurch für mehr Publizität der Beiratsarbeit gesorgt war.

Die nächste Plenumssitzung am 15. Juni 1976 in Berlin diente der Diskussion der vorgetragenen Berichte aus den Arbeitskreisen und von Möglichkeiten der Förderung des Faches Öffentliche Betriebswirtschaftslehre an den Hochschulen. Die Plenumssitzung am 29. Oktober 1976 in Frankfurt führte diese Aktivitäten weiter, war aber überschattet von finanziellen Engpässen in der Gesellschaft, die unter anderem eine Verkleinerung der Geschäftsstelle zur Folge hatte (und wohl auch das erwähnte Ausscheiden von Dr. Seeland). Im Beirat wurde die Forderung laut, jedenfalls die geplanten Veröffentlichungen der Arbeitsergebnisse des Beirats angemessen zu finanzieren. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass die Mitarbeit im Wissenschaftlichen Beirat immer eine ehrenamtliche war und auch für Veröffentlichungen zumeist keine Honorare gezahlt

wurden. Lediglich die Reisekosten wurden und werden ersetzt. Wäre nicht jährlich in Emmershausen und zuletzt in Oberursel sowie bei zahlreichen Arbeitskreissitzungen in Frankfurt die Bank für Gemeinwirtschaft als Sponsor aufgetreten, hätte vermutlich die Beiratsarbeit in den Jahren von 1974 bis 1987 nicht so ablaufen können, wie es geschehen ist.

Der Klärung der Situation diene Anfang des Jahres 1977 eine Aussprache zwischen Präsident Dr. Bleiß und seinen Präsidiumskollegen mit dem Beiratsvorsitzenden Dr. Münch und seinen Stellvertretern Professor Thiemeyer und Professor Eichhorn im Beisein des neuen Geschäftsführers Wolf Leetz. Hier wurde festgelegt, dass künftig der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats dem Vorstand kraft Amtes angehören solle; es wurden weitere Maßnahmen zur Verzahnung von Vorstands- und Beiratsarbeit besprochen. Auch die Pressearbeit, die Organisation von Symposien mit externen Wissenschaftlern, Honorarfragen und die CEEP-Mitarbeit standen auf der Tagesordnung. Es kam durchweg zu Verständigungen.

Die Beiratsarbeit selbst wurde 1977 mit zwei Arbeitskreissitzungen und dann vom 23. bis 25. Februar mit der Plenumssitzung und anschließenden Tagung zum Thema „Kosten und Preise öffentlicher Unternehmen“ (deren Referate in dem gleichnamigen Heft 16 der Schriftenreihe der Gesellschaft Anfang 1978 veröffentlicht wurden), in Emmershausen fortgesetzt. In der Plenarsitzung gab es wie bisher Berichte aus den Arbeitskreisen. Drei Arbeitskreise wurden neu gebildet, einer zum Thema „Aufgabenverlagerung auf öffentliche Unternehmen“ (Vorsitz: Professor Püttner), einer zur Problematik „Gemeinwirtschaftlichkeit und Eigenwirtschaftlichkeit im Schienenverkehr“ (Vorsitz: Professor Eichhorn) und einer zum Themenkomplex „Öffentliche Güter und öffentliche Unternehmen“ (Vorsitz: Professor Oettle). Im Übrigen berichtete Dr. von Loesch über das Ende der deutschsprachigen Ausgabe der Zeitschrift des IFIG „Annalen der Gemeinwirtschaft“ und der von Prof. Dr. Gerhard Weisser herausgegebenen Zeitschrift „Archiv für öffentliche und freigemeinwirtschaftliche Unternehmen“; er forderte als Ersatz die Schaffung einer neuen deutschsprachigen wissenschaftlichen Fachzeitschrift für den Sektor der öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen, die dann auch (siehe unten) ab 1978 erschienen ist.

Auf der Sitzung standen im Übrigen Neuwahlen an. Dr. Münch hatte sich immer als Übergangsvorsitzender verstanden und die Meinung vertreten, es müsse so bald wie möglich wieder ein Universitätsprofessor den Vorsitz im Wissenschaftlichen Beirat übernehmen. Der Zeitpunkt schien jetzt gekommen; Dr. Münch kandidierte nicht wieder, sondern machte Theo Thiemeyer, inzwischen Professor in Bochum, als neuem Vorsitzenden Platz. Die Wahl erfolgte einstimmig ohne Gegenkandidaten, ein Zeichen für das Ansehen, das sich Professor Thiemeyer erworben hatte. Zu Stellvertretern wurden Dr. Münch und Professor Eichhorn gewählt. Damit, so lässt sich rückschauend sagen, war die Konsolidierungsphase abgeschlossen.

VI. Die Zeit unter dem Beiratsvorsitz von Theo Thiemeyer 1977-1991

Über die lange Zeitspanne, in der Prof. Dr. Theo Thiemeyer den Vorsitz im Beirat führte, soll nur kursorisch berichtet werden. Insgesamt stand in dieser Zeit im Beirat die Sacharbeit ganz im

Vordergrund; Querelen gab es praktisch nicht. In der Gesellschaft selbst gab es einige Entwicklungen, die zunächst behandelt werden sollen.

Anfangs allerdings änderte sich nichts wesentlich. Das Amt des Präsidenten der Gesellschaft hatte schon im Oktober 1978 Dr. Walter Kliemt von der Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG von Dr. Paul Bleiß übernommen; Stellvertreter waren seitdem Franz Eichinger von der Deutschen Bundesbahn und Dr. Diether H. Hoffmann von der Bank für Gemeinwirtschaft. Die kommunale Wirtschaft war, obwohl schon damals im Vordringen, im Präsidium (noch) nicht vertreten. In dem von Dr. Kliemt erstatteten Tätigkeitsbericht für 1978-1979 wurde über Veranstaltungen und Veröffentlichungen berichtet, und Professor Thiemeyer referierte ausführlich über die Arbeit des Beirats (über 5 Seiten). Der auf der Mitgliederversammlung am 4. November 1982 in Berlin vorgetragene Tätigkeitsbericht für 1980-1981 war vom Aufbau her seinem Vorgänger ganz ähnlich; Sensationen gab es nicht. Zu erwähnen ist allerdings, dass Ende 1979 die Auflösung des eigenen Verlages, der A.V.G. Allgemeine Verlagsgesellschaft mbH, beschlossen und anschließend durchgeführt wurde. Mit der Nomos Verlagsgesellschaft wurde Anfang 1980 ein Vertrag über die verlegerische Betreuung der Schriftenreihe der GÖWG durch Nomos abgeschlossen, der der GÖWG volle Entscheidungsfreiheit über die zu erscheinenden Bände, deren Themen, Inhalte und Autoren belässt. Ab Heft 17 der Schriftenreihe sind dann fortan alle Bände bei Nomos erschienen.

Im nächsten Tätigkeitsbericht für 1982-1984 zeichnete sich eine neue Entwicklung ab. Das Amt des Präsidenten der Gesellschaft übernahm Hans-Georg v. Koester von der bundeseigenen Industrieverwaltungsgesellschaft. Vizepräsident wurde nun der Beigeordnete des Verbandes kommunaler Unternehmen Dr. Wolfgang Ludwig, Schatzmeister blieb Dr. Hoffmann. Geklagt wurde über die schlechte finanzielle Situation der Gesellschaft. Darin lag vielleicht einer der Gründe dafür, dass die Einstellung der eigenen Zeitschrift ÖWG zum Jahresende 1984 bekannt gegeben wurde; die offizielle Begründung lautete, dass es ja seit 1978 die von Prof. Dr. Peter Eichhorn und Dr. Achim von Loesch gegründete und von ihnen seitdem herausgegebene Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen (ZögU) gebe. Der Bericht von Professor Thiemeyer über die Beiratsarbeit im Tätigkeitsbericht für 1982-1984 fiel wieder sehr umfassend aus. In dem von Präsident v. Koester erstatteten Bericht für die Jahre 1984-1986 auf der Mitgliederversammlung am 13. Oktober 1986 in Berlin wurde auf die ZögU als Organ der Gesellschaft und auf die neue Reihe „Beiträge zur öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft“ hingewiesen, die die GÖWG ab 1986 im Eigenverlag herausbringt und unentgeltlich an Interessenten abgibt. Den Festvortrag auf dieser Mitgliederversammlung hielt der Generaldirektor für Wettbewerb der EG-Kommission Dr. Manfred Caspari.

Die folgende Mitgliederversammlung am 4. November 1988 stand im Zeichen wichtiger Veränderungen. Der Präsident, nach wie vor Hans-Georg v. Koester, hatte vom Rückzug der meisten Gewerkschaften und der Gewerkschaftsunternehmen (soweit noch vorhanden) aus der Gesellschaft mit den entsprechenden finanziellen Folgen zu berichten. Zum Ausgleich, aber natürlich auch aus grundsätzlichen Erwägungen, wurde die Sparkassenorganisation für die Gesellschaft gewonnen. So wählte man statt Dr. Hoffmann nun Dr. Jürgen Miethke aus der Sparkassenorganisation zum Schatzmeister der Gesellschaft. Dr. Helmut Geiger, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), hielt den Festvortrag in der Mitgliederversammlung. Die Gesellschaft wurde wieder in „Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft“ (GÖW), entsprechend

auch die Schriftenreihe in „Schriftenreihe der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft“, umbenannt. Man kann sagen, dass für die Gesellschaft eine neue Epoche angebrochen war, Die Beiratsarbeit, über die wiederum Professor Thiemeyer berichtete, blieb zunächst von dieser Entwicklung nur wenig berührt.

Die Veränderungen in der Gesellschaft gingen weiter. Der Tätigkeitsbericht für 1988-1990, erstattet auf der Mitgliederversammlung am 24. Oktober 1990, enthält einen ersten Bericht des neu gewählten Präsidenten Felix Zimmermann, früher Oberbürgermeister von Trier, dann Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen. Den Hauptbericht erstattete allerdings der scheidende Präsident v. Koester. Die Wahl Felix Zimmermanns zum Präsidenten kennzeichnet die neue Situation. Hauptstütze der GÖW war nunmehr der Verband kommunaler Unternehmen, und dessen Hauptgeschäftsführer wurde seitdem mehr oder weniger automatisch zum Präsidenten der GÖW gewählt. Denn Bundesunternehmen als Mitglieder der GÖW gab es praktisch nicht mehr. Vizepräsident wurde Dr. Günter Nastelski (von der Industrieverwaltungsgesellschaft, letztmals ein Vertreter eines Bundesunternehmens), und Dr. Hannes Rehm vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband übernahm das Amt des Schatzmeisters der Gesellschaft.

Den Bericht über die Jahre 1990-1992 erstattete auf der Mitgliederversammlung am 30. September 1992 in Berlin der nunmehrige Präsident Felix Zimmermann, den Bericht über die Beiratsarbeit Professor Eichhorn. Zu beklagen war das Ableben gleich mehrerer Beiratsmitglieder, nämlich Prof. Dr. Theo Thiemeyer, Dr. Georg Garbe, Dr. Karl Kühne und Wolfgang Zetzschke. Dadurch und durch die (noch zu behandelnden) Neuaufnahmen änderte sich die Zusammensetzung des Beirats beträchtlich; allerdings setzte sich die Arbeit eher kontinuierlich fort.

Was den Wissenschaftlichen Beirat betrifft, so tagten im Jahre 1977 nach der Wahl Professor Thiemeyers zum Vorsitzenden zunächst mehrere Arbeitskreise, ehe das Plenum in Sitzungen am 14./15. Oktober in Bad Godesberg und am 9. Dezember in Frankfurt die vorhandenen Vorlagen aufgriff und die weitere Arbeit vorplante. Eine ausführliche Diskussion der anstehenden Themen gab es auf der nächsten Zusammenkunft in Emmershausen vom 8. bis 10. Februar 1978. Das Thema der an die Plenarsitzung anschließenden Tagung war „Finanzierung öffentlicher Unternehmen“. Die Referate und Diskussionen dieser Tagung bildeten den Grundstock für die 1979 erschienene, von Professor Eichhorn und Professor Thiemeyer herausgegebene gleichnamige Festschrift für Dr. Paul Münch zu seinem 65. Geburtstag.⁹ Als Gast der Tagung und neuer Kandidat für die Mitgliedschaft im Beirat konnte Prof. Dr. Albert von Mutius begrüßt werden, dessen Einbeziehung in die Beiratsarbeiten schon vor einiger Zeit vorgeschlagen worden war. Auf der anderen Seite wurde in der Plenarsitzung angeregt, solchen Beiratsmitgliedern, die mehr als zwei Jahre nicht mehr an der Arbeit des Beirats teilgenommen hatten (so Prof. Dr. Bruno Molitor und Prof. Dr. Eberhard Witte) den Wechsel zur korrespondierenden Mitgliedschaft naheulegen, was teilweise auch geschah, im Falle von Prof. Dr. Bruno Gleitze aus eigenem Antrieb.

Mit diesen Maßnahmen sollte eine möglichst effiziente Arbeit des Beirats gewährleistet werden; daran lag Professor Thiemeyer ebenso wie Dr. Münch (und natürlich dem Geschäftsführer Wolf Leetz im Interesse der Gesellschaft). Diesem Ziel diente auch die von Dr. Münch eingeleitete und von Professor Thiemeyer konsequent fortgesetzte Publikationspolitik. Die Arbeitsergebnisse oder

9 Peter Eichhorn und Theo Thiemeyer (Hrsg.), Finanzierung öffentlicher Unternehmen, Festschrift für Paul Münch, Schriften zur öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Wirtschaft, Bd. 50, Baden-Baden 1979.

Diskussionen wurden in der 1976 wiederbelebten Schriftenreihe veröffentlicht. An sich hätte auch die Möglichkeit bestanden, auf die damals noch bestehende eigene Zeitschrift ÖWG zurückzugreifen, aber der oben geschilderte Charakter der Zeitschrift lud dazu nicht ein. Im Übrigen erschien Anfang 1978 das erste Heft der von Professor Eichhorn und Dr. von Loesch neu begründeten „Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen“ (ZögU), und zwar im Nomos-Verlag in gediegener Aufmachung.¹⁰ Im Geleitwort zum ersten Heft heben die Herausgeber hervor, dass es im deutschsprachigen Raum keine wissenschaftliche Zeitschrift für das Gebiet der öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen (mehr) gebe und diese Lücke geschlossen werden solle. Über das Verhältnis der neuen Zeitschrift zur GÖW gibt es in dem Geleitwort keine Aussage; Organ der GÖWG wurde die ZögU erst 1985 nach dem Wegfall der GÖWG-eigenen Zeitschrift. In der ZögU waren besonders anfangs Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats stark vertreten, und es wäre denkbar gewesen, die Ergebnisse der Beiratsarbeit dort zu publizieren. Aber in der GÖWG herrschte die Absicht vor, diese Ergebnisse als Leistung der GÖWG und ihres Wissenschaftlichen Beirats in der eigenen Schriftenreihe zu veröffentlichen, und dabei ist es geblieben. Die äußere Aufmachung der Schriftenreihe war allerdings zunächst sehr bescheiden; die bei der GÖWG-eigenen A.V.G. Allgemeine Verlagsgesellschaft mbH herausgegebenen Hefte 14 bis 16 erschienen noch in einem Kopierverfahren in Schreibmaschinenschrift. Erst ab 1980, seit die Reihe bei der Nomos Verlagsgesellschaft erscheint (ab Heft 17), werden die Bände (wie den Jahren bis 1965) ordentlich gedruckt. Soweit sie nicht umfangreichere Stellungnahmen des Beirats enthalten, sind die Hefte bis heute durchweg als Sammelbände gestaltet, die namentlich gekennzeichnete und verantwortete Beiträge zusammenfassen. Um auch verlegerisch nicht so interessante Arbeitsergebnisse zu veröffentlichen, wurde ab 1986 die bereits erwähnte Reihe „Beiträge zur öffentlichen Wirtschaft“ im Eigenverlag der GÖWG (und später der GÖW) begründet, die bis heute besteht. Sie wird auch als „Kleine Reihe“ bezeichnet. Soviel zur Publizistik. Der Wissenschaftliche Beirat setzte 1978 nach der Tagung in Emmershausen seine Tätigkeit mit mehreren Arbeitskreissitzungen und einer Tagung des Plenums am 7. Oktober in Berlin fort. Die Tagungen des Plenums vom 28. Februar bis 1. März 1979 und vom 20. bis 22. Februar 1980 waren fast ganz dem Thema „Kontrolle öffentlicher Unternehmen“ gewidmet, das heute unter „Public Corporate Governance“ einzuordnen ist.¹¹ Auslöser der Debatte waren damals wirtschaftliche Einbrüche bei verschiedenen öffentlichen Unternehmen und auch einige „Skandale“. Im Beirat herrschte das Bestreben vor, den Dingen grundsätzlich nachzugehen, wie die beiden 1980 und 1982 erschienenen Bände „Kontrolle öffentlicher Unternehmen“ (Hefte 17 und 20 der Schriftenreihe) belegen. Im Übrigen setzte sich 1979 die Diskussion in den Arbeitskreisen fort. Eine Plenumsitzung am 5. April in Frankfurt befasste sich mit der Situation der Deutschen Bundespost.

Im Jahre 1980 fand am 10. Januar eine Plenumsitzung in Köln statt, in der die neue Kooperation mit dem Nomos Verlag und das Thema Entstaatlichung besprochen wurden. Man beschloss, als

10 Schon zuvor hatten Professor Eichhorn und Prof. Dr. Peter Friedrich im Nomos Verlag die „Schriften zur öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Wirtschaft“ begründet, in denen auch immer wieder Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats der GÖWG bzw. GÖW publiziert haben.

11 Vgl. den Beitrag des Verfassers „Alter Wein in neuen Schläuchen“ in: Christina Schaefer u. Ludwig Theuvsen (Hrsg.), Public Corporate Governance – Rahmenbedingungen, Instrumente, Wirkungen, Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, Beiheft 36, Baden-Baden 2008.

Kandidaten für die Aufnahme in den Beirat Prof. Dr. Carl Böhret, Prof. Dr. Helmut Brede und Prof. Dr. Werner Wilhelm Engelhardt nach Emmershausen einzuladen. Die dortige Tagung vom 20. zum 22. Februar diente der weiteren Behandlung des Kontrollthemas, und es gab einen Vortrag von Dr. Hartmut Tofaute vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Mitbestimmung. Dem Kontrollthema waren auch noch zwei Arbeitskreissitzungen im Sommer des Jahres gewidmet. Höhepunkt der Plenumsitzung am 21. Oktober 1980 in Berlin war die Wiederwahl von Professor Thiemeyer, Professor Eichhorn und Dr. Münch für weitere drei Jahre.

Auch die nächsten Jahre waren durch eine rege Tätigkeit der Arbeitskreise gekennzeichnet. Die Tagung vom 4. bis 6. März 1981 in Emmershausen diente vor allem der Fortsetzung und Fertigstellung seit längerem vom Beirat verfolgter Projekte, so des zweiten der o.g. Kontrollbände, eines Thesenpapiers zur Privatisierung und des dann 1983 erschienenen Heftes 24 der Schriftenreihe mit dem Titel „Aufgaben öffentlicher und gemeinwirtschaftlicher Unternehmen im Wandel“. Eine weitere Plenarsitzung fand 1981 am 14. September in Bonn (beim Verband öffentlicher Banken) statt. In dieser Sitzung wurde als Hauptthema für die Emmershäuser Tagung vom 24. bis 26. Februar 1982 die öffentliche Bindung von (privaten) Unternehmen, also das aktuell gewordene Regulierungsthema, beschlossen und die Diskussion hierzu begonnen. Das Ergebnis der Arbeiten des Beirats zu dieser Thematik war der 1983 als Heft 22 der Schriftenreihe erschienene Band „Öffentliche Bindung von Unternehmen. Beiträge zur Regulierungsdebatte“, den der Wissenschaftliche Beirat seinem ersten Vorsitzenden Prof. Dr. Gert von Eynern zum 80. Geburtstag widmete.

Die begonnenen Projekte des Plenums und der Arbeitskreise wurden in einer Plenarsitzung am 5. November 1982 in Berlin fortgesetzt. Ausweislich des Protokolls dieser Sitzung bestanden 1982/83 die folgenden fünf Arbeitskreise, deren Aktivitäten zum Teil bereits angesprochen wurden:

- Arbeitskreis „Aufgabenwandel“ unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Peter Eichhorn,
- Arbeitskreis „Öffentliche Güter“ unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Karl Oettle,
- Arbeitskreis „Aufgabenverlagerung“ unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Günter Püttner,
- Arbeitskreis „Managerverhalten“ unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Erich Potthoff,
- Arbeitskreis „EG-Transparenz-Richtlinie“ unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Albert von Mutius.

Auf der Plenumsitzung vom 16. bis 18. Februar 1983 in Emmershausen stand eine Vielzahl von Themen auf der Tagesordnung. Primär ging es um die Diskussion der Ergebnisse des von Professor Eichhorn geleiteten Arbeitskreises „Öffentliche Aufgaben und ihre Entwicklung (Aufgabenwandel)“, ein Thema, das geradewegs auf die Frage der Privatisierung zulief, die dann lange Jahre den Beirat beschäftigte. Es wurde ein Arbeitskreis „Privatisierung“ unter dem Vorsitz von Professor Brede gebildet, ferner ein Arbeitskreis unter der Leitung von Dr. von Loesch zur Vorbereitung eines Handbuchs der Unternehmen der öffentlichen Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Fertigstellung dieses Kompendiums, dessen Herausgeber neben Dr. von Loesch Professor Brede war und an dem 14 Mitglieder des Beirats mitgewirkt hatten, nahm längere Zeit in Anspruch und erschien 1986.

Zum Thema Privatisierung öffentlicher Unternehmen verfasste Dr. von Loesch mit Unterstützung von Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirats ein Kompendium, das 1983 als Monografie in

der Schriftenreihe der GÖWG erschien (Heft 23). Diese Sammlung der einschlägigen Argumente fand weite Verbreitung und erlebte eine 2. Auflage 1987.

Die nächste Plenumsitzung am 15. September 1983 in Düsseldorf befasste sich erneut mit dem Thema Privatisierung unter Zugrundelegung der Vorlagen des einschlägigen Arbeitskreises, präsentiert von Professor Brede. In dieser Sitzung wurden Professor Thiemeyer, Professor Eichhorn und Dr. Münch in ihren Ämtern bestätigt.

Im Beirat war schon längere Zeit der Wunsch laut geworden, nicht immer nur intern („im eigenen Saft“) zu tagen, sondern die Aussprache mit anderen Wissenschaftlern, aber auch Praktikern aus Politik und öffentlicher Wirtschaft zu suchen. Ende 1983 (am 27. Oktober) gelang es, in Bonn zusammen mit der Konrad-Adenauer-Stiftung eine solche Veranstaltung mit großer Beteiligung durchzuführen unter dem Titel: „Öffentliche Unternehmen in der sozialen Marktwirtschaft heute“. Die recht erfolgreiche Tagung wurde 1984 in Heft 26 der Schriftenreihe der GÖWG dokumentiert. Ebenfalls 1984 gelangten die Ergebnisse des von Professor Oettle geleiteten Arbeitskreises „Öffentliche Güter“ zur Veröffentlichung (Heft 25 der Schriftenreihe). Der Band wurde Prof. Dr. Gisbert Rittig zum 80. Geburtstag gewidmet.

Nach verschiedenen Arbeitskreis-Sitzungen trat auch das Plenum des Beirats vom 7. bis 9. März 1984 in Emmershausen wieder zusammen. Auf der Grundlage von Berichten aus den Arbeitskreisen standen erneut unterschiedliche Themen zur Debatte; das Schwergewicht lag weiterhin auf der Privatisierungsfrage. Man beschloss auf dieser Tagung, als Kandidaten für eine Aufnahme in den Beirat Prof. Dr. Helmut Cox, Prof. Dr. Dietrich Budäus und Prof. Dr. Bert Rürup zur nächsten Plenumsitzung einzuladen, die am 5. Oktober 1984 in Frankfurt stattfand. Es kam zu deren Teilnahme, und im Anschluss an die Sitzung wurde beschlossen, dem Vorstand vorzuschlagen, die drei Wissenschaftler in den Beirat zu berufen (was dann auch in der nächsten Vorstandssitzung geschah).

Auch auf der Plenumsitzung am 1. November 1984 standen wieder Fragen der Privatisierung im Vordergrund, und es wurde eine weitere Tagung mit auswärtigen Wissenschaftlern vorbereitet. Ferner setzte das Plenum einen neuen Arbeitskreis „Unternehmenstheorie“ unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Peter Friedrich ein. Die Arbeiten des von Professor Püttner geleiteten Arbeitskreises „Aufgabenverlagerung“ führten 1984 zur Veröffentlichung eines Gutachtens des Wissenschaftlichen Beirats mit dem Titel „Zum Problem der Aufgabenverlagerung auf öffentliche Unternehmen“, das als Heft 27 in der Schriftenreihe der GÖWG erschien. Thema dieses Gutachtens war die Ausgliederung von Aufgaben aus der öffentlichen Verwaltung in öffentliche Unternehmen. Wiederum nach zahlreichen Arbeitskreissitzungen trat das Plenum des Beirats vom 20. bis 22. Februar 1985 in Emmershausen zusammen, um sich mit weiteren Fragen der Privatisierung auseinanderzusetzen, diesmal besonders bezüglich Bahn, Post und Flughäfen. Auch von einer Annäherung an die Sparkassenorganisation war die Rede, die seinerzeit der GÖWG noch nicht angehörte. Im Übrigen gab es im Jahre 1985 außer etwa zehn Arbeitskreissitzungen noch eine weitere Zusammenkunft des Plenums des Beirats am 21. Juni in Frankfurt, in der neben Tagungsvorbereitungen die Bildung von zwei neuen Arbeitskreisen auf der Tagesordnung stand, nämlich eines Arbeitskreises „Deutsche Bundespost“ unter dem Vorsitz von Professor Cox und eines Arbeitskreises „Finanzierung“ unter dem Vorsitz von Professor Eichhorn, die dann auch bald ihre Arbeit aufnahmen.

Die nächste Tagung des Beiratsplenums fand vom 24. bis 26. März 1986 statt, diesmal in der neuen Fortbildungsstätte der Bank für Gemeinwirtschaft in Oberursel bei Frankfurt. Die Tagungsstätte in Emmershausen war nämlich von der BfG aufgegeben worden. Es zeichnete sich aber damals bereits das Ende der Gastgeberschaft in Folge der in die Krise geratenen gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaft ab; letztmals kam eine Einladung für 1987 nach Oberursel. Die Krise der Gewerkschaftsunternehmen, insbesondere der Neuen Heimat, hatte im Beirat Betroffenheit ausgelöst; man hatte aber bereits zu Beginn der Krise 1882 im Beirat beschlossen, dazu keine offizielle Stellungnahme abzugeben, und dabei blieb es. – Die Tagung selbst war dem Thema „Unternehmenstheorie“ gewidmet; es referierten Professor Thiemeyer, Professor Budäus, Professor Friedrich und Professor Eichhorn. Neu dabei waren die Praktiker Dr. Gottschalk und Prof. Dr. Helmut Jenkis. Weitere Mitglieder aus der Wissenschaft wurden erst auf der nächsten Plenumsitzung am 4. Juli 1986 in Frankfurt vorgeschlagen, nämlich Dr. Gerold Ambrosius, der im Juni 1988 in den Beirat berufen wurde, und Prof. Dr. Gunnar Folke Schuppert. Im Übrigen wurden auf dieser Sitzung die Vorbereitungen getroffen für ein geplantes Kolloquium über „Öffentliche Unternehmen und ökonomische Theorie“ sowie für die nächste Tagung in Oberursel. Es gab ansonsten 1986 außer vielen Arbeitskreissitzungen noch eine Sitzung des Plenums am 12. September in Frankfurt, in der Professor Thiemeyer, Professor Eichhorn und Dr. Münch in ihren Ämtern für drei weitere Jahre bestätigt wurden.

Anschließend fand am 2./3. Oktober 1986 in Mannheim das lange gewünschte Kolloquium des Wissenschaftlichen Beirats mit eingeladenen Wissenschaftlern statt, deren Tätigkeit den Bereich der öffentlichen Unternehmen umfasst. Es waren immerhin rund 70 Wissenschaftler der Einladung gefolgt. Das Generalthema lautete: „Öffentliche Unternehmen und ökonomische Theorie“. Im Einzelnen erstatteten Referate: Professor Friedrich zum Thema „Ordnungspolitische Rahmenbedingungen und öffentliche Unternehmenstätigkeit“, Prof. Dr. Charles B. Blankert zum gleichen Thema mit dem Zusatz „Soll der Staat industrielles Beteiligungskapital halten?“, Prof. Dr. Carl Christian von Weizsäcker und Professor Thiemeyer zu „Öffentlicher Bindung – Deregulierung – Privatisierung“ sowie Prof. Dr. Klaus Chmielewicz und Professor Budäus zur Problematik einzelwirtschaftlicher Effizienzkriterien bei öffentlichen Unternehmen, ferner Professor Eichhorn zum Thema „Anforderungen an eine für Politikberatung geeignete Theorie öffentlicher Unternehmen“. Die Tagung ist dokumentiert als Heft 28 der Schriftenreihe der GÖWG (erschienen 1987).

Nach einer kurzen Sitzung des Plenums am 28. November 1986 in Frankfurt kam der Beirat am 12./13. Februar 1987 in Oberursel zur jährlichen großen Tagung zusammen, um über Fragen der Gemischtwirtschaftlichkeit zu beraten. Vorbereitet wurde dort eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung der GÖWG am 17. November 1987 in Köln zum Thema „Gemischtwirtschaftlichkeit und öffentliche Aufgabe“, die (1988) in Heft 3 der „Beiträge zur öffentlichen Wirtschaft“ dokumentiert worden ist. Außerdem wurde ein neuer Arbeitskreis „Querverbund“ unter der Federführung von Dr. Münch und Professor Püttner gebildet. Es spiegelt sich darin die von nun an stärkere Hinwendung zur kommunalen Wirtschaft als der neuen Hauptstütze der in GÖW zurückbenannten Gesellschaft.

In der nächsten Sitzung des Plenums am 16. September 1987 im Frankfurt (diesmal bei der Maingas AG) standen Berichte aus den Arbeitskreisen „Unternehmenstheorie“, „Querverbund“ und „Gemeinwirtschaft“ zur Diskussion. Zur Vorbereitung der nächsten Jahrestagung fand Ende

1987 keine Plenumsitzung, sondern (am 2. Dezember) eine Sitzung des Beiratspräsidiums statt. Dem Geschäftsführer der GÖW war es mit Unterstützung von Dr. von Loesch gelungen, für die Tagungen ein neues Domizil zu finden, nämlich die Evangelische Akademie in Arnoldshain im Taunus. Dort traf der Beirat vom 17. bis 19. Februar 1988 zusammen. Es gab Referate zu verschiedenen fachlichen Themen, und es wurde eine neue Arbeitsgruppe „EG-Binnenmarkt / Öffentliche Banken“ unter Vorsitz von Professor Eichhorn gebildet. Beschlossen wurde, Prof. Dr. Eberhard Wille und Professor Schuppert zur gastweisen Mitarbeit an Projekten des Beirats einzuladen.

Anfang 1988 erschien als Ergebnis der Arbeiten des von Professor Cox geleiteten Arbeitskreises „Bundespost“ die Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats „Thesen zur künftigen Struktur der Deutschen Bundespost“ als Heft 2 der „Beiträge zur öffentlichen Wirtschaft“. Am 9. Juni 1988 veranstaltete die GÖW in Bonn eine Tagung zum Thema „Postreform: Marktorientierung und öffentlicher Auftrag“. Vom Beirat referierten Prof. Dr. Eberhard Wille und Professor Cox. Die Veranstaltung ist als Heft 31 der Schriftenreihe dokumentiert. Außerdem wurden 1988 die Arbeiten des von Professor Brede geleiteten Arbeitskreises „Privatisierung“ mit der Veröffentlichung der Ergebnisse in Heft 29 der Schriftenreihe unter dem Titel „Privatisierung und die Zukunft der öffentlichen Wirtschaft“ abgeschlossen.

Das Jahr 1989 ist durch eine Fülle von Aktivitäten gekennzeichnet. Der Beirat kam als Plenum vom 8. bis 10. Februar zusammen. Erörtert wurden Berichte aus den Arbeitskreisen. Deren gab es zu diesem Zeitpunkt drei:

- Arbeitskreis „Querverbund“ unter dem Vorsitz von Professor Püttner,
 - Arbeitskreis „Abfallwirtschaft“ unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Gerhard Himmelmann,
 - Arbeitskreis „Unternehmenstheorie“ unter dem Vorsitz von Professor Friedrich
- sowie inzwischen drei Arbeitsgruppen zur EG-Binnenmarktproblematik:
- „Banken“, unter dem Vorsitz von Professor Eichhorn,
 - „Energie“, unter dem Vorsitz von Dr. Gottschalk zusammen mit Dr. Münch,
 - „Verkehr“, unter dem Vorsitz von Dr. von Loesch.

Die Arbeitskreise tagten auch 1989 regelmäßig, ebenso wie die EG-Binnenmarkt-Arbeitsgruppen, die in den Jahren 1990 und 1991 drei in der „Kleinen Reihe“ veröffentlichte Stellungnahmen des Wissenschaftlichen Beirats ausgearbeitet haben (Hefte 6, 7 und 8).

Am 6. und 7. April 1989 fand in Göttingen das zweite Kolloquium des Wissenschaftlichen Beirats mit einem größeren Kreis eingeladenen Wissenschaftler statt zum Thema: „Instrumentalfunktion öffentlicher Unternehmen“ mit Referaten von Prof. Dr. Gunther Engelhardt, Prof. Dr. Alexander Van der Bellen, Professor Schuppert sowie vom Wissenschaftlichen Beirat Professor Himmelmann, Professor Oettle und Professor Cox. Die Tagung ist ausführlich dokumentiert als Heft 32 der Schriftenreihe der GÖW (erschienen 1990). Teilgenommen haben über 60 Wissenschaftler, und man kann von gutem Erfolg sprechen.

Im Übrigen fanden 1989 noch zwei Plenumsitzungen des Wissenschaftlichen Beirats statt, am 23. Juni in Frankfurt (bei der Deutschen Bundesbahn) und am 27. Oktober in Mannheim. Es standen jeweils Berichte aus den Arbeitskreisen zur Diskussion. Beschlossen wurde, dem Vorstand die Berufung von Dr. Hannes Rehm vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband sowie von Professor Wille in den Beirat vorzuschlagen. Der Vorstand folgte dem Vorschlag.

Im Jahr 1990 gab es neben vielen Arbeitskreissitzungen insgesamt vier Plenumsitzungen, davon die erste am 12. Januar in Frankfurt (bei der Hessischen Landesbank) und die zweite als Jahrestagung vom 28. Februar bis 2. März in Arnoldshain. Berichte aus den Arbeitskreisen wurden geliefert, und es war der Wille zu vernehmen, die Arbeit wieder mehr zu aktivieren. Auf der nächsten Sitzung des Plenums am 29. Juni in Frankfurt (bei der Maingas AG) trat ein schwieriges Problem auf. Eine von Professor Himmelmann verantwortete Ausarbeitung zur Abfallwirtschaft, vorbereitet im entsprechenden Arbeitskreis, stieß auf Widerstand im Vorstand der GÖW, konkret bei Hans-Diether Imhoff von der Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG. Professor Thiemeyer wurde beauftragt zu vermitteln, aber das erwies sich als schwierig, weil keiner der beiden Kontrahenten nachgeben wollte. Schließlich wurde die Veröffentlichung als Einführungsbeitrag des Heftes 33 der Schriftenreihe der Gesellschaft (1991) ermöglicht, aber auch der andere Standpunkt erschien unter dem Titel „Abfallentsorgung und ihre Finanzierung als Aufgaben öffentlicher Unternehmen“ (Beiträge von Hans-Diether Imhoff, Ernst-Otto Sohns und Alfred Holtmann) als Heft 4 der Beiträge zur öffentlichen Wirtschaft (1989). – Im Übrigen standen hier wie auch in der Plenumsitzung am 25. Oktober 1990 in Berlin verschiedene Berichte und die Vorbereitung eines weiteren Kolloquiums mit außenstehenden Wissenschaftlern auf der Tagesordnung. In der letztgenannten Sitzung wurden, im Beisein des bisherigen GÖW-Präsidenten v. Koester und des neuen Präsidenten Felix Zimmermann, Professor Thiemeyer, Professor Eichhorn und Dr. Münch in ihren Ämtern bestätigt. Neu geschaffen wurden zwei Arbeitskreise zu Problemen der neuen Bundesländer, der eine unter dem Vorsitz von Professor Eichhorn und der andere unter Leitung von Professor Budäus.

Die genannten Planungen griff der Beirat auf der Tagung vom 13. bis 15. Februar 1991 in Arnoldshain wieder auf. Ansonsten stand die Diskussion um den Aufbau der Infrastruktur in Ostdeutschland im Vordergrund. Im Laufe des Jahres gab es viele Arbeitskreissitzungen, insbesondere auch des wieder aktivierten Arbeitskreises „Bundespost“ unter dem Vorsitz von Professor Cox, der eine 1992 als Heft 9 der „Beiträge zur öffentlichen Wirtschaft“ veröffentlichte Stellungnahme des Beirats mit dem Titel „Die Unternehmen der Deutschen Bundespost als juristische Personen des öffentlichen Rechts – Alternativ-Vorschläge zur Postreform II“ vorbereitete. In einer Plenumsitzung am 10. Oktober 1991 in Bonn (beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband) standen hauptsächlich Planungen auf dem Programm, so für eine IFIG-Tagung und für ein Treffen mit Wissenschaftlern der Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft in Trier. Ein Vorbereitungs-Ausschuss tagte am 25. Oktober 1991 noch unter dem Vorsitz von Professor Thiemeyer.

Dann ereilte diesen am 26. November 1991 völlig unerwartet und viel zu früh der Tod. Alle waren erschüttert, und es herrschte Betroffenheit. Theo Thiemeyer war unbestritten der große Mann der öffentlichen Wirtschaft, sein Wirken und seine Ideen hatten über Jahre den Beirat beherrscht. Es war allgemeine Auffassung, dass in seinem Sinne weiterzuarbeiten und kein irgendwie gearteter Neuanfang angezeigt sei. Deshalb wurde auch sogleich beschlossen, Professor Thiemeyer eine Gedächtnisschrift zu widmen. Diese entstand unter der Herausgeberschaft von Professor Eichhorn und Professor Engelhardt mit dem Titel „Standortbestimmung öffentlicher Unternehmen in der Sozialen Marktwirtschaft“ als Heft 35 der Schriftenreihe der GÖW 1994 der Öffentlichkeit übergeben.

Die Ära Thiemeyer, wenn man es so nennen darf, war jedenfalls zu Ende gegangen. Sie war gekennzeichnet durch harte Arbeit und Kontinuität, aber auch durch Weiterentwicklungen wie die Veranstaltung der Kolloquien mit einer größeren Zahl von Wissenschaftlern, die dem Beirat nicht angehörten. Genannt werden muss weiter die feste Installierung der jährlichen Klausurtagungen vom Aschermittwoch bis zum darauffolgenden Freitag, zuerst in Emmershausen, dann an anderen Orten. Als die Bank für Gemeinwirtschaft diese Tagungen nicht mehr als Gasteber ausrichten konnte, wollte trotzdem niemand auf sie verzichten, und wie selbstverständlich hielt man nach einem neuen Domizil Ausschau. Diese mehrtägigen Zusammenkünfte kamen nicht nur der Sacharbeit sehr zugute, sie gaben auch (besonders in der alten Mühle in Emmershausen) Gelegenheit zu gemütlichem Beisammensein und zur Ausbildung einer freundschaftlichen Atmosphäre, die allgemein hoch eingeschätzt wurde. Da es zugleich gelungen war, die Zusammenarbeit mit dem Vorstand erheblich zu verbessern, kann rundum vom einem erfolgreichen Wirken Theo Thiemeyers gesprochen werden.

VII. Die Zeit unter dem Beiratsvorsitz von Peter Eichhorn 1992-2005

Als der Wissenschaftliche Beirat vom 4. bis 6. März 1992 in Arnoldshain zur Jahrestagung zusammentrat, musste natürlich die Neuwahl des Vorsitzenden und der Stellvertreter auf der Tagesordnung stehen. Niemand war auf die fällige Neuwahl richtig vorbereitet, hatte man doch gedacht, Theo Thiemeyer werde noch viele Jahre den Vorsitz führen. Es lag nahe und entspricht vielfachem Brauch, dass einer der Stellvertreter in einem solchen Falle nachrückt. Da Dr. Paul Münch aus dem oben genannten Grund und seines vorgerückten Alters wegen nicht kandidieren wollte, lief eigentlich alles auf den lange bewährten Stellvertreter Prof. Dr. Peter Eichhorn zu, der dann auch rasch gewählt wurde, zumal es keinen Gegenkandidaten gab. Der Verfasser erinnert sich aber, dass zwar die meisten Beiratsmitglieder voll hinter dieser Entscheidung standen, aber auch einige ein etwas unwohles Gefühl hatten; sie wollten Professor Eichhorn, der bereits die Herausgeberschaft bei der ZögU innehatte, nicht die gleiche Vormachtstellung einräumen, wie Professor Thiemeyer sie besessen hatte. Dies äußerte sich bei der Regelung der Stellvertreterfrage. Man gelangte zu der Auffassung, dass es zur besseren Vertretung der akademischen Fächer und der Praxis künftig drei Stellvertreter geben solle und diese auch an der Leitung des Beirats beteiligt werden sollten. In diesem Sinne wurde als Praktiker Dr. Wolf Gottschalk vom Verband kommunaler Unternehmen (dem nunmehr wichtigsten Träger der GÖW, siehe oben) zum Stellvertreter gewählt, und man stellte dem Betriebswirt Professor Eichhorn den Volkswirt Prof. Dr. Helmut Cox sowie den Juristen Prof. Dr. Günter Püttner zur Seite, um die gewünschte Ausgewogenheit herzustellen. Die erforderliche Änderung der Satzung der GÖW ging problemlos vonstatten. Tatsächlich trat in der Folgezeit das Beiratspräsidium nicht nur vor Plenumsitzungen, sondern auch gesondert zu Besprechungen zusammen, so am 11. Dezember 1992 in Frankfurt und am 5. Januar 1996 in Mannheim. Das Präsidium bildete in der gesamten Zeit des Beiratsvorsitzes von Professor Eichhorn ein wichtiges Element in der Beiratsarbeit. Im Übrigen belegen der Bericht des GÖW-Präsidenten Felix Zimmermann und der Bericht von Professor Eichhorn über die Beiratsarbeit auf der GÖW-Mitgliederversammlung am 30. September 1992 den kontinuierlichen Fortgang der Arbeit des Wissenschaftlichen Beirats und auch

der GÖW selbst. Diese zeigte das Bemühen, auch wieder mit eigenen Veranstaltungen an die Öffentlichkeit zu treten, was aber erst im Laufe der Zeit gelang. In der Mitgliederversammlung am 12. Oktober 1994 wurde Felix Zimmermann erneut zum Präsidenten gewählt, zum Vizepräsidenten Dr. Fritz Gautier von den GEW-Werken in Köln und zum Schatzmeister Reinfrid Fischer vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband, und damit wurde die früher so bedeutende Rolle der Bundesunternehmen endgültig beendet. Als neue Beiratsmitglieder nennt der Bericht des Präsidenten Prof. Dr. Günther E. Braun, Prof. Dr. Gunnar Folke Schuppert und Prof. Dr. Peter Tettinger. Der Bericht Professor Eichhorns über die Beiratsarbeit hob besonders das im September 1993 in Tübingen veranstaltete Kolloquium des Beirats hervor (dazu unten). Deutlich kam zum Ausdruck, dass der Vorstand der GÖW und der Wissenschaftliche Beirat die unter Prof. Dr. Theo Thiemeyer vertiefte vertrauensvolle Zusammenarbeit nicht nur fortsetzen, sondern noch weiter ausbauen. Seit dieser Zeit nahm der Präsident der GÖW regelmäßig als Gast an den Jahrestagungen des Beirats teil, und der Geschäftsführer der GÖW Wolf Leetz konnte seine Rolle als Mittler zwischen Vorstandsarbeit und Beiratsarbeit mit gutem Erfolg wahrnehmen.

Der Wissenschaftliche Beirat setzte nach der genannten Plenumsitzung vom März 1992 seine Aktivität fort mit dem Kolloquium am 26./27. März in Würzburg zum Thema: „Finanzierung und Organisation der Infrastruktur in den neuen Bundesländern“. In dem Band, der die Tagung dokumentiert (Heft 34 der Schriftenreihe) ist als Anhang II die Stellungnahme des Beirats von 1991 zu diesem Thema noch einmal abgedruckt, und es wird darin auf das unter der Federführung von Prof. Dr. Dietrich Budäus erarbeitete Gutachten von 1990 zum Thema „Öffentliche Unternehmen und soziale Marktwirtschaft“ hingewiesen (Heft 5 der „Beiträge zur öffentlichen Wirtschaft“). An der Würzburger Tagung beteiligten sich wie bei früheren Gelegenheiten rund 60 Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen.

Von den Arbeitskreisen tagten insbesondere der zum Thema „Querverbund“ (Vorsitz: Professor Püttner), der seine Arbeit erst 1995 zum Abschluss bringen konnte (Heft 38 der Schriftenreihe), der Arbeitskreis „Treuhandaanstalt“ (Vorsitz: Professor Friedrich) und der Arbeitskreis „Öffentliche Unternehmen und EG“ (Vorsitz: Professor Cox).

Am 2. Juni 1992 führte die GÖW in Leipzig eine Vortragsveranstaltung zum Thema „Die Zukunft der öffentlichen Wirtschaft in der Europäischen Gemeinschaft“ durch und am 17. Februar 1993 in Berlin einen Workshop zum Thema „Eigenbetrieb, Kapitalgesellschaft, Anstalt des öffentlichen Rechts – Rechtsformänderung bei den Berliner Eigenbetrieben?“. Auf beiden Veranstaltungen war der Wissenschaftliche Beirat mit Referaten von Professor Püttner vertreten. Die Tagungen wurden als Heft 11 und 12 der „Beiträge zur öffentlichen Wirtschaft“ veröffentlicht.

Die Aktivitäten des Beirats im Jahr 1993 begannen mit der Jahrestagung am 24./25. Februar in Arnoldshain. Es herrschte die Auffassung vor, die Außenwirkung der GÖW und des Beirats müssen verbessert werden; entsprechend wurde die Vorbereitung eines für den Herbst geplanten Kolloquiums vorangetrieben. Zwecks Ergänzung des Beirats gab es den Beschluss, zu den nächsten Tagungen den Sächsischen Finanzminister Prof. Dr. Georg Milbradt, Wilfried Räpple von den Kölner Stadtwerken, Prof. Dr. Gunter Folke Schuppert, Prof. Dr. Peter Tettinger und Prof. Dr. Dieter Witt als Gäste einzuladen. Auch wurde ein neuer Arbeitskreis „Finanzierung“ unter Vorsitz von Prof. Dr. Gebhard Zimmermann eingerichtet und beschlossen, weiter am Thema Privatisierung zu arbeiten.

Im Laufe des Jahres 1993 gab es zwar Arbeitskreis-Sitzungen und eine Besprechung der Arbeitsgruppe „Privatisierung“, aber man konzentrierte sich auf das Kolloquium des Wissenschaftlichen Beirats am 29./30. September in Tübingen zum Thema: „Perspektiven öffentlicher Unternehmen in der Wirtschafts- und Rechtsordnung der Europäischen Union“. Gut 50 Teilnehmer waren versammelt und widmeten sich der vom Spannungsverhältnis zwischen Wettbewerb und öffentlichen Aufgaben geprägten Thematik (vgl. die Hefte 36 und 37 der Schriftenreihe). So konnte auf der Plenumsitzung des Beirats am 29. Oktober 1993 in Köln eine positive Bilanz gezogen werden, die auch die o.g. Vortragsveranstaltung der GÖW zur Zukunft der öffentlichen Wirtschaft in der EG einschloss.

Auf der nächsten Plenumsitzung des Beirats am 16./17. Februar 1994 in Arnoldshain wurden ausführliche Berichte aus den Arbeitskreisen vorgetragen. Die Arbeit der Arbeitskreise „Privatisierung“ und „Querverbund“ endete nach Fertigstellung der Beiträge für Heft 38 der Schriftenreihe zum Querverbund (s.o.) sowie der 1994 als Heft 13 der „Beiträge zur öffentlichen Wirtschaft“ veröffentlichten Stellungnahme des Beirats „Privatisierungsdogma widerspricht Sozialer Marktwirtschaft“. Die Privatisierungsfrage ist seitdem vom Beirat nicht mehr allgemein, sondern jeweils bezogen auf bestimmte Sektoren weiterbehandelt worden. Dagegen sollten die Arbeitskreise „Treuhandanstalt“ (Vorsitz: Professor Peter Friedrich), „Öffentliche Unternehmen und EG“ (Vorsitz: Professor Cox) sowie „Finanzierung“ (Vorsitz: Professor Zimmermann) ihre Tätigkeit weiterführen. Der Beirat bildete außerdem einen neuen Arbeitskreis zum Thema „Public Private Partnership“ unter dem Vorsitz von Professor Eichhorn. Damit waren, so der allgemeine Eindruck, die Grenzen der Arbeitskapazität erreicht; man beschloss auf der nächsten Plenumsitzung am 13. Oktober 1994, neue Arbeitskreise erst wieder zu errichten, wenn die bisherigen ihre Arbeit beendet hätten.

1994 gab es neben zahlreichen Arbeitskreis-Sitzungen am 24. Oktober in Köln ein vom Internationalen Forschungs- und Informationszentrum für öffentliche Wirtschaft und Gemeinwirtschaft – IFIG (CIRIEC) veranstaltetes Seminar „Ökonomie der öffentlichen Dienste“ zur Vorbereitung einer Europäischen Charta der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse, geleitet von Professor Cox. Die Ergebnisse, dokumentiert in Heft 40 der Schriftenreihe der GÖW, haben die weitere Arbeit des deutschen Beirats erheblich befruchtet. Überhaupt gewann die Tätigkeit der Wissenschaftlichen Kommission des IFIG auch für die deutsche Arbeit stärkere Bedeutung.

Besondere Aktivität entwickelte 1994 und danach der Arbeitskreis „Finanzierung“ unter dem Vorsitz von Professor Zimmermann; die Arbeitsergebnisse sind als Sammelband unter dem Titel „Neue Finanzierungsinstrumente für öffentliche Aufgaben“ (Heft 39 der Schriftenreihe der GÖW) 1997 veröffentlicht worden. Der Beirat insgesamt befasste sich ebenfalls häufiger mit Finanzierungsthemen und den öffentlichen Kreditinstituten.

Die Jahrestagung am 1./2. März 1995 in Arnoldshain widmete sich dem Thema: „Konzepte der Europäischen Union für die öffentliche Wirtschaft und Stand ihrer Realisierung“. Diskutiert wurde der Plan, ein Kolloquium in Hamburg durchzuführen, und zur gastweisen Einladung zu Beiratssitzungen schlug man Prof. Dr. Rolf Stober und Prof. Dr. Frank Schulz-Nieswandt vor. Nach vielen Arbeitskreissitzungen trat das Plenum des Beirats noch einmal am 16. Oktober 1995 in Frankfurt zusammen. Man fasste den Beschluss, das Kolloquium am 21./22. März 1996 in Hamburg zu veranstalten zum Thema „Public Private Partnership“. Im Übrigen erstattete Professor

Dietrich Budäus einen Bericht zum Thema „Organisationswandel öffentlicher Aufgabenwahrnehmung“.

Die GÖW als solche veranstaltete 1995 zwei Symposien, eines am 9. Mai in Köln zu dem bis heute aktuell gebliebenen Thema „Kommunale Wirtschaft zwischen Wettbewerb und Gemeindefirtschaftsrecht“ und eines am 31. August in Dresden zum Thema „Öffentliche Unternehmen – eine Alternative zur Privatisierung“. An letzterem waren vom Wissenschaftlichen Beirat Professor Budäus und Professor Eichhorn als Referenten beteiligt. Die beiden Veranstaltungen sind als Heft 14 und Heft 16 der „Beiträge zur öffentlichen Wirtschaft“ veröffentlicht worden.

Im Jahre 1996 kam der Beirat zur Jahrestagung am 21./22. Februar in Arnoldshain zusammen. Das Thema der Tagung am zweiten Tage lautete: „Die Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs“ (vgl. unten); es ging aber auch um Entgelte in der Versorgungswirtschaft.

Das geplante Kolloquium zu „Public Private Partnership“ (jetzt Symposium genannt) fand wie vorgesehen am 21./22. März 1996 in Hamburg statt. Diesmal folgten über hundert Wissenschaftler und Führungskräfte der öffentlichen Wirtschaft der Einladung; neben grundsätzlichen Überlegungen wurden auch praktische Erfahrungen zur Diskussion gestellt (die Tagung ist als Heft 41 der Schriftenreihe der GÖW dokumentiert).

Im Übrigen konnten um diese Zeit die Beratungen mehrerer Arbeitskreise zum Abschluss gebracht und die Ergebnisse publiziert werden, jeweils als Sammelbände. Den Anfang machte 1997 der von Professor Püttner herausgegebene Band „Der regionalisierte Nahverkehr“ (Heft 42 der Schriftenreihe der GÖW), es folgten 1998 der von Prof. Dr. Helmut Brede betreute Band „Preise und Gebühren in der Entsorgungswirtschaft“ (Heft 43 der Schriftenreihe) und der von Professor Budäus herausgegebene umfangreiche Band „Organisationswandel Öffentlicher Aufgabenwahrnehmung“ (Heft 44 der Schriftenreihe) sowie schließlich 2000 der von Professor Cox herausgegebene Band „Daseinsvorsorge und öffentliche Dienstleistungen in der Europäischen Union“ (Heft 45 der Schriftenreihe). Die Auflistung lässt erkennen, dass mehr als früher sektorale Probleme in den Vordergrund gerückt waren, nicht zuletzt im Gefolge guter Zusammenarbeit mit interessierten Mitgliedern des Vorstandes der Gesellschaft.

In der GÖW selbst gab es nach dem auf der Mitgliederversammlung am 8. Oktober 1996 erstatteten Tätigkeitsbericht für 1994-1996 keine besonderen Neuigkeiten. Der Präsident Felix Zimmermann und die beiden anderen Präsidiumsmitglieder wurden in ihren Ämtern bestätigt. Als neue Beiratsmitglieder wurden Prof. Dr. Dietrich Dickertmann von der Universität Trier und Dr. Ulrich Kirchhoff von der Landesbank Hessen-Thüringen vorgestellt. Auf der nächsten Mitgliederversammlung der GÖW am 3. November 1998 konnten zusätzlich als neue Beiratsmitglieder Dr. Jens Harms, damals Vizepräsident des Hessischen Rechnungshofs (der als Leiter der Evangelischen Akademie Arnoldshain zum Beirat gestoßen war), weiter Prof. Dr. Christoph Reichard von der Universität Potsdam und Prof. Dr. Helmut Siekmann von der Universität Bochum vorgestellt werden, dazu Dr. Peter Breitenstein vom Chemiepark Bitterfeld-Wolfen und Dr. Thomas Muthesius vom Verband Deutscher Verkehrsunternehmen als korrespondierende Mitglieder. Es war also gelungen, die Zahl der Mitglieder des Beirats deutlich zu erhöhen.

In der Gesellschaft gab es nur insofern eine Veränderung, als anstelle von Dr. Gautier nun Wilhelm Georg Hanss von den Leipziger Verkehrsbetrieben zum Vizepräsidenten gewählt wurde.

Mit der Plenums-Sitzung am 9. Oktober 1996 in Berlin ging der Wissenschaftliche Beirat zu neuen Themen über, wobei die Frage der Standorte für öffentliche Dienste sowie Probleme der

Wirtschaftlichkeit einschließlich Rechnungswesen und Prüfung eine besondere Rolle spielten. In der Plenumsitzung im Rahmen der Jahrestagung am 12./13. Februar 1997 in Arnoldshain wurden die Überlegungen weitergeführt, und es wurde wiederum aus den Arbeitskreisen berichtet. Am zweiten Tag behandelte der Beirat vier verschiedene Themen:

- Die Zukunft der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BVS), Vortrag von Professor Friedrich,
- Öffentliche Dienstleistungen als Standortfaktor in Deutschland, Vortrag von Professor Eichhorn,
- Probleme der Beteiligungsprüfung durch Rechnungsprüfer, Vortrag von Dr. Harms,
- Aktuelle Finanzierungsfragen des öffentlichen Personennahverkehrs, Vortrag von Dr. Muthe-sius.

Auch 1997 tagten mehrere Arbeitskreise. Der Wissenschaftliche Beirat trat am 6. Oktober 1997 noch einmal zu einer Plenumsitzung zusammen, um Fragen bezüglich der Sparkassen und Landesbanken zu erörtern. Daraus ist 1998 die Stellungnahme des Beirats „Sparkassen und Landesbanken in der Wettbewerbe- und Privatisierungsdiskussion“ (Heft 17 der „Beiträge zur öffentlichen Wirtschaft“) hervorgegangen.

Im Jahre 1998 fand die Jahrestagung am 25./26. Februar wiederum in Arnoldshain statt. Außer den Berichten aus den Arbeitskreisen ging es in der internen Sitzung vor allem um die Vorbereitung des anstehenden IFIG-Kongresses in Köln. Am zweiten Tag standen wiederum mehrere Themen auf dem Programm. Es ging um das EG-Beihilfeverfahren gegen die Bundesregierung in Sachen Frachtpost der Deutsche Post AG, die Prinzipien des Alleinabnehmers und des verhandelten Netzzugangs sowie um weitere aktuelle gemeinschaftsrechtliche Entwicklungen für die Versorgungswirtschaft. Referenten waren Michael Els von der Deutsche Post AG sowie Professor Gottschalk und Professor Tettinger vom Wissenschaftlichen Beirat.

Für die Zukunft wurden Arbeiten zum Thema „Europäisches Wettbewerbsrecht und Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben“ (unter Leitung von Professor Brede), zum öffentlichen Personennahverkehr (unter Leitung von Professor Püttner) und zur Transformation im Wettbewerb in den neuen Bundesländern (unter Leitung von Professor Friedrich) ins Auge gefasst. Auch kam der Plan auf, ein wissenschaftliches Symposium über Chancen und Risiken des Wandels in der kommunalen Wirtschaft zu veranstalten.

Wie geplant fand der IFIG-Kongress am 4./5. Mai 1998 in Köln statt. Es ging um „Personalmanagement und Humanressourcen in öffentlichen, sozialwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Unternehmen“.

Das Plenum des Wissenschaftlichen Beirats trat am 2. November 1998 in Berlin zu einer weiteren Sitzung zusammen. Berichtet wurde über die Arbeitskreise

- „Öffentliche Unternehmen in der EU“ unter dem Vorsitz von Professor Cox
- „Öffentlicher Personennahverkehr“ unter dem Vorsitz von Professor Püttner
- „Standortwettbewerb“ unter dem Vorsitz von Professor Eichhorn
- „Treuhandanstalt/BVS“ unter dem Vorsitz von Professor Friedrich
- „Gemeinnützigkeit und Wettbewerb“ unter dem Vorsitz von Professor Brede
- „Gemeinwirtschaftliche Lasten/Leistungen“ unter dem Vorsitz von Dr. Heinz Bolsenkötter.

Im Jahre 1999 befasste sich der Wissenschaftliche Beirat auf der Frühjahrstagung am 17./18. Februar in Arnoldshain mit den Vorstellungen der Monopolkommission bezüglich öf-

fentlicher Unternehmen. Zu Beginn dieser Tagung gab es ein Gespräch des Beirats mit Vorstandsmitgliedern über „die künftige Position der GÖW hinsichtlich öffentliche Dienstleistungen erbringender Unternehmen und sich daraus ergebende Konsequenzen“. Der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats und seine Stellvertreter wurden für weitere drei Jahre im Amt bestätigt. Höhepunkt des Jahres bildete das am 29./30. September in Berlin veranstaltete Symposium zum Thema: „Kommunale Wirtschaft im Wandel – Chancen und Risiken“. Es kamen hier Wissenschaftler und Führungskräfte aus kommunalen Unternehmen zusammen, um die schwierige Lage der kommunalen Unternehmen unter den modernen Rahmenbedingungen zu besprechen. Die Tagung ist dokumentiert als Heft 48 der Schriftenreihe der GÖW.

Im Übrigen traf sich das Präsidium des Wissenschaftlichen Beirats am 9. Dezember 1999 in Berlin, um unter anderem die Frage nach dem „Forschungsobjekt“ des Beirats zu erörtern, also die Frage, inwieweit neben klassischen öffentlichen Unternehmen auch gemischtwirtschaftliche Unternehmen (PPP) und Non-Profit-Organisationen einzubeziehen seien, was durchweg bejaht wurde. Man stellte fest, dass die Satzung der GÖW bereits entsprechend weiterentwickelt worden war; § 2 Nr. 2 lautet:

„Die Gesellschaft bezweckt die Förderung von Wissenschaft und Forschung auf dem Gebiet der öffentlichen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen sowie anderer im Allgemeininteresse tätiger, öffentliche Dienstleistungen erbringender oder sonstwie am Gemeinwohl orientierter Unternehmen unabhängig von deren Trägerschaft, unter Einbeziehung der Zusammenhänge zwischen diesen Unternehmen und der Gesamtwirtschaft sowie anderen Teilbereichen der Wirtschaft auf nationaler wie internationaler Ebene.“

So war die Tür offen für die entsprechende erweiterte Thematik.

In der GÖW selbst brachte das Jahr 2000 insofern eine Veränderung, als auf der Mitgliederversammlung am 26. Oktober (wie immer in Berlin) anstelle des altershalber ausscheidenden Felix Zimmermann sein Nachfolger als Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen Michael Schöneich zum neuen Präsidenten gewählt wurde. Wilhelm Georg Hanss blieb Vizepräsident, und als drittes Präsidiumsmitglied rückte statt Reinfrid Fischer nun Dr. Patrick Steinpaß, ebenfalls vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband, nach. Die Arbeit setzte sich aber in der GÖW und im Wissenschaftlichen Beirat kontinuierlich fort, nur bei den Veranstaltungen gab es eine beachtliche Weiterentwicklung (dazu unten).

Der Wissenschaftliche Beirat behandelte auf der Frühjahrstagung am 8./9. März 2000 in Arnoldshain das Thema: „Öffentliche Dienstleistungen im Konflikt zwischen Gemeinwohlverpflichtung und Wettbewerb“. Die Diskussion bildete den Auftakt zur langjährigen Behandlung dieser Problematik. Im Übrigen entschloss sich der Beirat, in Zukunft auch „Gesundheit und Soziales“ als Forschungsgegenstände in die Arbeit einzubeziehen, weil sich in diesen Bereichen öffentliches Wirtschaften zunehmend abspiele. Auf dieser Linie liegt auch der Beschluss, neben Prof. Dr. Holger Mühlenkamp von der Universität Hohenheim auch Prof. Dr. Frank Schulz-Nieswandt von der Universität Köln zur gastweisen Mitarbeit in Arbeitskreisen des Beirats einzuladen. Im Übrigen wurde ein neuer Arbeitskreis ÖPNV unter dem Vorsitz von Professor Püttner eingerichtet. Die Plenumsitzung am 27. Oktober 2000 in Berlin bestätigte die Konzentration der Arbeit auf das Gemeindefinanzrecht und auf das Thema „Sparkassen und Landesbanken“, das dann auch für die nächste Frühjahrstagung, nunmehr am Müggelsee in Berlin, vorgesehen wurde. Zu

erwähnen ist der Vorschlag zur Berufung von Professor Mühlenkamp in den Beirat, dem der Vorstand anschließend folgte.

Die nächste Tagung des Beirats konnte wie vorgesehen am 28. Februar / 1. März 2001 in Berlin am Müggelsee durchgeführt werden. Unter Beteiligung von Führungskräften aus Landesbanken und Sparkassen gab es eine ausgiebige Diskussion über die anstehenden Probleme dieses Bereichs. Vorangegangen war eine Plenarsitzung, in der der Beschluss gefasst wurde, Professor Schulz-Nieswandt für die Aufnahme in den Beirat vorzuschlagen. Auch diesem Vorschlag folgte der Vorstand. Außerdem wurden in dieser Sitzung die Perspektiven für die weitere Beiratsarbeit ins Auge gefasst und auf einer Plenumsitzung am 1. Juni 2001 zusammen mit Vorstandsmitgliedern der GÖW vertieft. Erwähnenswert ist, dass die europäische Dimension der Arbeit unter den Stichworten „Ausschreibungswettbewerb“ und „Inhouse-Problematik“ wieder mehr in den Vordergrund rückte.

Zunächst aber konnte die Beschäftigung mit dem Gemeindefirtschaftsrecht zum Abschluss gebracht werden; die Ergebnisse sind im Sammelband „Zur Reform des Gemeindefirtschaftsrechts“ (Heft 49 der Schriftenreihe der GÖW, 2002) niedergelegt. Als Anhang ist in diesem Band die Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats zu dieser Problematik abgedruckt, die im Frühjahr 2001 verabschiedet worden war. Ihr ist es wohl zu danken, dass die GÖW 2004 zur Anhörung im Hessischen Landtag eingeladen wurde und dort eine Stellungnahme abgeben konnte (im Sommer 2008 war die GÖW wiederum vom Hessischen Landtag zur Stellungnahme bezüglich des Gemeindefirtschaftsrechts aufgefordert und ist dem gefolgt).

Am 10. Dezember 2001 fand in Leipzig ein Symposium des Wissenschaftlichen Beirats mit weiteren Wissenschaftlern und Führungskräften der öffentlichen Wirtschaft (ungefähr 100) statt zum Thema: „Rollenwechsel kommunaler Unternehmen“. Außer bereits bekannten Fragen des Gemeindefirtschaftsrechts (Örtlichkeitsprinzip usw.) kam auch das Konzept des Gewährleistungsstaates auf die Tagesordnung (Referent war Wilhelm Georg Hanss).

Die nächste Frühjahrstagung des Wissenschaftlichen Beirats am 13./14. Februar 2002 wieder am Müggelsee war dem Thema gewidmet: „Liberalisierung im öffentlichen Personennahverkehr“. Dieser Problembereich kam damit zu einem gewissen Abschluss und stand dann einige Jahre nicht auf der Tagesordnung.

Höhepunkt der Aktivitäten im Jahre 2002 war das an der Universität Oldenburg am 21. Juni veranstaltete Symposium zum Thema: „Finanzierung des Mittelstandes vor neuen Herausforderungen: Basel II“. Die dazu gehaltenen Referate, deren Inhalt etwas über die normale Themenbreite des Beirats hinausragt, sind in Heft 51 der Schriftenreihe der GÖW veröffentlicht. Intensiv beschäftigte sich der Beirat zu dieser Zeit außerdem mit der „Ökonomisierung des öffentlichen Sektors“, wobei nicht nur die öffentlichen Unternehmen, sondern auch deren Träger, die öffentlichen Verwaltungen, im Blickfeld standen (dokumentiert als Heft 50 der Schriftenreihe der GÖW). Überhaupt wurden seitdem die Träger der öffentlichen Unternehmen und deren Verbände, besonders der Deutsche Städtetag, mehr als früher in die Tätigkeit der GÖW und des Wissenschaftlichen Beirats einbezogen.

Über die weiteren Jahre, die eher Gegenwart als Geschichte bedeuten, soll nur noch kursorisch berichtet werden:

Es gab folgende Frühjahrstagungen des Wissenschaftlichen Beirats:

- 5./6. März 2003 am Müggelsee in Berlin: „Neue Institutionenökonomik / Public Private Partnership / Gewährleistungsstaat“ (Tagungsdokumentation liegt vor.)
- 25./26. Februar 2004 am Müggelsee in Berlin: „Markstrategien öffentlicher Unternehmen in Reaktion auf Liberalisierung und Wettbewerb“ (Tagungsdokumentation liegt vor.)
- 9./10. Februar 2005 in Machern bei Leipzig: „Künftige Regulierung der Elektrizitätswirtschaft in Deutschland / Sparkassen und Landesbanken ohne Gewährträgerhaftung / Institutional Public Private Partnership im Europäischen Binnenmarkt“.
- 1./2. März 2006 in Machern bei Leipzig: „Die Zukunft der öffentlichen Dienstleistungen“ (Heft 24 der „Beiträge zur öffentlichen Wirtschaft“)
- 21./22. Februar 2007 in Machern bei Leipzig: „Auswirkungen der Globalisierung auf die öffentlichen Banken / Trennung von Infrastruktur und Betrieb“ (Heft 26 der „Beiträge zur öffentlichen Wirtschaft“)
- 6./7. Februar 2008 in Machern bei Leipzig: „Regulierung“ (Tagungsdokumentation in Vorbereitung).

Die GÖW selbst veranstaltete, maßgeblich unterstützt vom Wissenschaftlichen Beirat, anfangs zusammen mit dem Verband kommunaler Unternehmen und dem Deutschen Städtetag sowie mit der Deutschen Sektion des CEEP, später zusätzlich auch mit dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen und in einigen Fällen außerdem mit der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt mehrere Symposien in Berlin:

- 30./31. Oktober 2003: „Public Private Partnership: Formen – Risiken – Chancen“ (Heft 21 der „Beiträge zur öffentlichen Wirtschaft“)
- 18./19. November 2004: „Öffentliche Dienstleistungen zwischen Eigenerstellung und Wettbewerb“ (Heft 22 der „Beiträge zur öffentlichen Wirtschaft“)
- 7./8. Dezember 2005: „Öffentliche Dienstleistungen für die Bürger. Wege zu Effizienz, Qualität und günstigen Preisen“ (Heft 23 der „Beiträge zur öffentlichen Wirtschaft“)
- 23./24. November 2006: „Corporate Governance in der öffentlichen Wirtschaft“ (Heft 27 der „Beiträge zur öffentlichen Wirtschaft“)
- 6./7. Dezember 2007: „Trennung von Infrastruktur und Betrieb – Königsweg öffentlicher Aufgabenerledigung?“ (Heft 28 der „Beiträge zur öffentlichen Wirtschaft“).

Als besondere Arbeitsschwerpunkte des Wissenschaftlichen Beirats können genannt werden:

- **Europäisches Ausschreibungswesen**, also die Forderung der EU, alle Dienstleistungen im Wege öffentlicher Ausschreibung an den bestbietenden Unternehmer zu vergeben. Dazu: Helmut Cox, Hrsg., „Ausschreibungswettbewerb bei öffentlichen Dienstleistungen“, Heft 52 der Schriftenreihe der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft, Baden-Baden 2003, und: „Ausschreibung oder Direktvergabe öffentlicher Dienstleistungen – Plädoyer für ein Wahlrecht der Gebietskörperschaften“, Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft, Heft 25 der „Beiträge zur öffentlichen Wirtschaft“, Berlin 2007.
- **Führung und Kontrolle** öffentlicher Unternehmen, konkret in der modernen Version „Corporate Governance“ (dazu: der Tagungsband des erwähnten Symposiums von 2006 und neustens das von Christina Schaefer und Ludwig Theuvsen herausgegebene ZögU-Beiheft 36

„Public Corporate Governance – Rahmenbedingungen, Instrumente, Wirkungen“); ferner akzentuiert auf das Rechnungswesen öffentlicher Unternehmen. (dazu: Heinz Bolsenkötter, Hrsg., „Die Zukunft des Öffentlichen Rechnungswesens. Reformtendenzen und internationale Entwicklung“).

- **Gesundheitswesen** (dazu neben vielen Aufsätzen in der ZögU der Band „Liberalisierung im Gesundheitswesen, Einrichtungen des Gesundheitswesens zwischen Wettbewerb und Regulierung“, Hrsg. Günter E. Braun und Frank Schulz-Nieswandt, Heft 53 der Schriftenreihe der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft, Baden-Baden 2006.)
- **Public Private Partnership.** Dazu der Tagungsband des erwähnten Symposiums von 2003 und der Band „Kooperationsformen zwischen Staat und Markt“, Hrsg. Dietrich Budäus, Heft 54 der Schriftenreihe der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft, Baden-Baden 2006.

Derzeitige Schwerpunktthemen sind: „Renaissance öffentlichen Wirtschaftens“ und „Zukunft der Stadtwerke“.

Der Wissenschaftliche Beirat konnte ab 2003 einige jüngere Wissenschaftler als Mitglieder gewinnen, so Prof. Dr. Dr. Giacomo Corneo von der Freien Universität Berlin (2003), Prof. Dr. Thomas Lenk von der Universität Leipzig (2003), Prof. Dr. Dieter K. Tscheulin von der Universität Freiburg (2003), Prof. Dr. Christina Schaefer von der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (2006), Prof. Dr. Hans-Peter Schwintowski von der Humboldt-Universität Berlin (2006), Prof. Dr. Ludwig Theuvsen von der Universität Göttingen (2006), Prof. Dr. Dietmar Bräunig von der Universität Gießen (2006), Dr. Bodo Herrmann vom Verband kommunaler Unternehmen¹² (2006, als korrespondierendes Mitglied) und Prof. Dr. Joh. Christian Pielow von der Ruhr-Universität Bochum (2007). Daraus ergibt sich folgende Zusammensetzung des Wissenschaftlichen Beirats (ab September 2008):

- Prof. Dr. Frank Schulz-Nieswandt, Universität Köln (Vorsitzender)
- Prof. Dr. Wolf Gottschalk, Universität Göttingen; Verband kommunaler Unternehmen e.V. (Stellvertretender Vorsitzender)
- Prof. Dr. Holger Mühlkamp, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (Stellvertretender Vorsitzender)
- Prof. Dr. Dr. h.c. Günter Püttner, Universität Tübingen (Stellvertretender Vorsitzender)
- Prof. Dr. Gerold Ambrosius, Universität Siegen
- Dr. Heinz Bolsenkötter †, WIBERA Wirtschaftsberatung AG
- Prof. Dr. Dietmar Bräunig, Universität Gießen
- Prof. Dr. Günther E. Braun, Universität der Bundeswehr München
- Prof. Dr. Helmut Brede, Universität Göttingen
- Dr. Peter Breitenstein, Gästehaus Petersberg GmbH (korrespondierendes Mitglied)
- Prof. Dr. Dr. h.c. Dietrich Budäus, Universität Hamburg
- Prof. Dr. Dr. Giacomo Corneo, Freie Universität Berlin
- Prof. Dr. Helmut Cox, Universität Duisburg-Essen
- Prof. Dr. Dietrich Dickertmann, Universität Trier (korrespondierendes Mitglied)
- Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter Eichhorn, Universität Mannheim
- Prof. Dr. Werner Wilhelm Engelhardt, Universität Köln (korrespondierendes Mitglied)

12 Jetzt bei der Bundesnetzagentur.

- Prof. Dr. Dr. h.c. Peter Friedrich, Universität der Bundeswehr
- Prof. Dr. Jens Harms, Präsident des Rechnungshofes von Berlin (korrespondierendes Mitglied)
- Dr. Bodo Herrmann, Bundesnetzagentur (korrespondierendes Mitglied)
- Prof. Dr. Hans Hirsch, Technische Hochschule Aachen (korrespondierendes Mitglied)
- Prof. Dr. Dr. h.c. Helmut W. Jenkis, Universität Dortmund (korrespondierendes Mitglied)
- Dr. Ulrich Kirchhoff, Landesbank Hessen-Thüringen
- Prof. Dr. Thomas Lenk, Universität Leipzig
- Prof. Dr. Werner Noll, Universität Würzburg
- Prof. Dr. Dres. h.c. Karl Oettle†, Universität München (korrespondierendes Mitglied)
- Prof. Dr. Joh.-Christian Pielow, Ruhr-Universität Bochum
- Prof. Dr. Hannes Rehm, Nord-LB (korrespondierendes Mitglied)
- Prof. Dr. Christoph Reichard, Universität Potsdam
- Prof. Dr. Christina Schaefer, Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin
- Prof. Dr. Gunnar Folke Schuppert, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (korrespondierendes Mitglied)
- Prof. Dr. Hans-Peter Schwintowski, Humboldt-Universität Berlin
- Prof. Dr. Helmut Siekmann, Universität Frankfurt am Main (korrespondierendes Mitglied)
- Prof. Dr. Ludwig Theuvsen, Universität Göttingen
- Prof. Dr. Dieter Tscheulin, Universität Freiburg
- Prof. Dr. Eberhard Wille, Universität Mannheim (korrespondierendes Mitglied)

Wie aus der Übersicht ersichtlich, hat der langjährige Vorsitzende Professor Eichhorn den Vorsitz niedergelegt, und zwar im Jahre 2005. Als der zunächst ins Auge gefasste Nachfolger Professor Budäus nicht kandidieren wollte, wurde in der Plenumsitzung am 7. September 2005 Prof. Dr. Frank Schulz-Nieswandt zum neuen Vorsitzenden gewählt. Die bisherigen Stellvertreter Professor Gottschalk und Professor Püttner wurden (zwecks gleitenden Übergangs) wiedergewählt, aber anstelle von Professor Cox, der nicht erneut kandidierte, wählte der Beirat Prof. Dr. Holger Mühlkamp, nunmehr Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, zum weiteren Stellvertreter. Damit blieb der Grundsatz der Vertretung der verschiedenen Fächer und der Repräsentanz der Praxis im Beiratspräsidium gewahrt.

Gleichzeitig übernahm Professor Schulz-Nieswandt auch die Schriftleitung der ZögU, umrahmt von einem Herausgeber-Gremium. Dieses Publikationsorgan gewann für den Beirat größere Bedeutung als früher, weil in letzter Zeit häufiger Arbeitsergebnisse nicht in der Schriftenreihe der GÖW erschienen, sondern als Beihefte der ZögU veröffentlicht wurden.

Die Zusammenarbeit im Wissenschaftlichen Beirat gestaltete sich in der neuen Zeit wie in der älteren sehr harmonisch, vielfach freundschaftlich, manchmal natürlich mit kleinen Problemen. Der Übergang von der älteren Zeit der „Charakterköpfe“, die zunächst den Beirat prägten, zur Periode der eher nüchternen Wissenschaftler heutiger Prägung verlief erstaunlich gut und ohne Brüche. Natürlich gab es auch im Beirat Auswirkungen des Zeitgeistes, z.B. bei den im Beirat überwiegenden Wirtschaftswissenschaftlern die Orientierung am Vorbild USA. Zeitweise, wohl Anfang der 80er Jahre, wurde im Beirat ständig betont, wir wollten zur „Versachlichung der Diskussion“ beitragen. Die geschilderte Umbruchphase 1968-1973 im Beirat dürfte, auch wenn man mit Vorsicht urteilt, in einem gewissen Zusammenhang mit dem Geist der 68er Generation

gestanden haben. Der Wunsch nach beruflicher Karriere und Erfolg in der Arbeit war immer auch im Wissenschaftlichen Beirat der GÖW spürbar.

Damit soll dieser geschichtliche Rückblick abgeschlossen werden. Was die jüngsten Entwicklungen bringen werden, ist noch ziemlich offen. Ein späterer Geschichtsschreiber muss diesen Bericht fortsetzen.